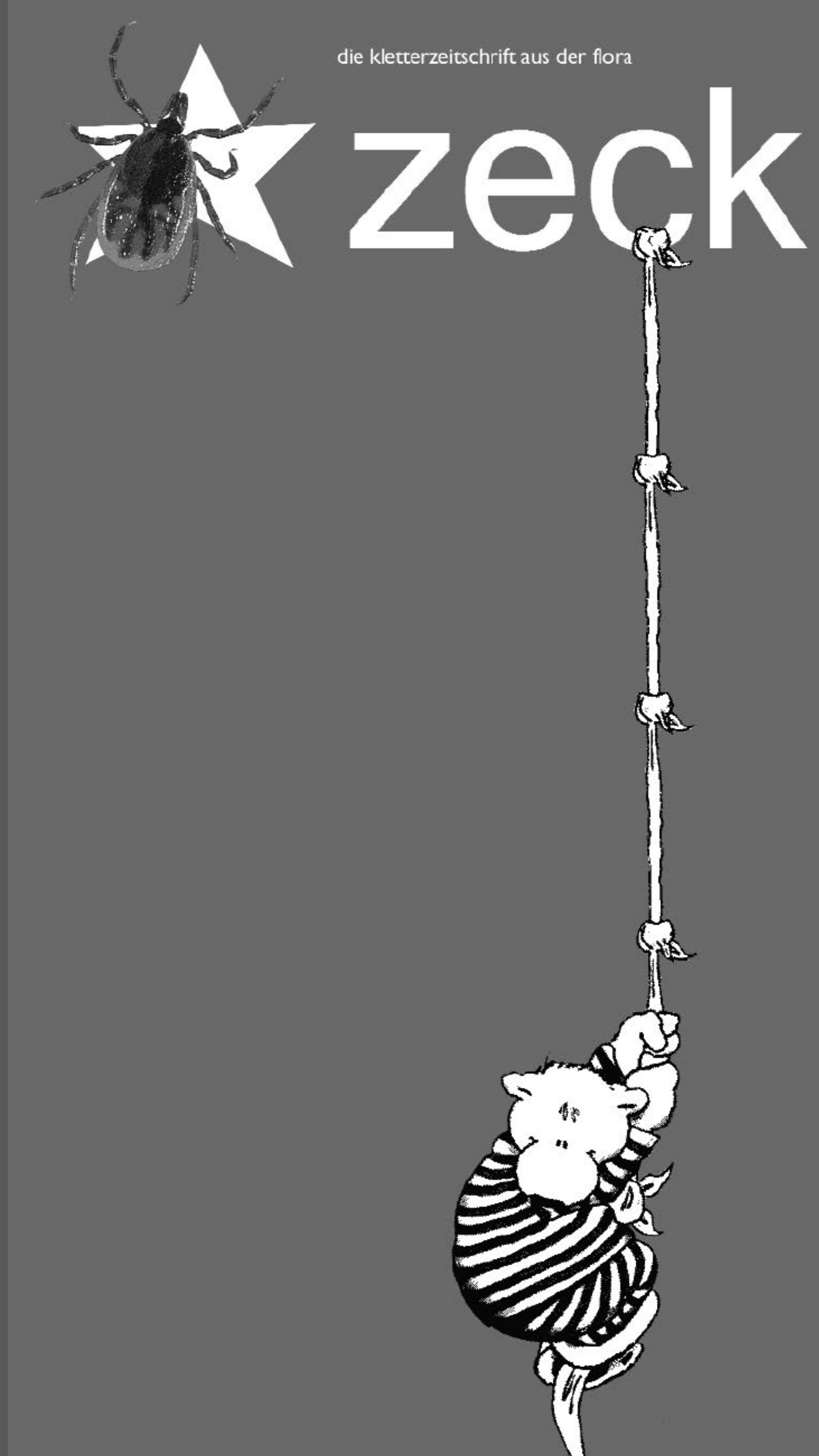
die kletterzeitschrift aus der flora

Nummer 142 Januar/Februar

zeck



Keine Situation ist auswegslos ...

Werte LeserInnenschaft...

Auf in ein revolutionäres Jahr 2008!

Eins bleibt euch auf jeden Fall vorerst weiter erhalten: Die Zeck.
Spenden helfen dabei sehr.
Und auch die vielen Zuschriften tragen dazu bei, weiter so!!

Nach den Knallern des letzten Jahres können die Feuerfontainen nun folgen.

Die Schnecke ist bereit zurückzuschlagen. Bei folgenden Anlässen werden wir dazu Gelegenheit haben:
- 1. Mai: Nazidemo in Hamburg (mehr Infos unter http://antifahamburg.blogsport.de)
- 3. Oktober: zentrale Feierlichkeiten der BRD in der Hafencity HH

Außerdem steht im Sommer ein mehrsäuliges Camp oder mehrere an.

Abgabetermin für die nächste Ausgabe:
20. Februar!

eure Zeck



Inhaltsverzeichnis:

Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Art kel o.ä. möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, am besten als Textdatei. Disketten können nicht zurückgegeben werden. Gekennzeichnete Art kel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 10 Euro à drei Ausgaben. Geld in einem Umschlag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben g bt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!).
Eigendruck im Selbstverlag.

Peoples global action Infopunkt im Schwarzmarkt



Kontakt: schwarzmarkt-pga@riseup.net
Offenes Treffen jeden ersten Mittwoch im Monat ab 16h

Flora Homepage goes international!

Seit geraumer Zeit bewegt uns der Gedanke die Inhalte der Flora Seite auch internationalen AktivistInnen zugänglich zu machen. Der größte Teil der Arbeit ist dabei die Übersetzung der z.T. recht ausführlichen Texte.
Genau hierfür benötigen wir Deine Hilfe !
Angedacht ist fürs erste die Übersetzung auf Englisch, Spanisch, Französisch und Russisch.
Als "Werkzeug" dient hierfür ein Wiki. Wiki heißt D.I.Y., also selber machen - drum such Dir einen Text aus, auf den Du Bock hast und Du weißt schon ….
Zum Wiki gelangst Du über
www.rote-flora.de (linke Spalte/aktuelles)
oder direkt:
www.hamburg.dissentnetzwerk.org
(linke Spalte)

Abfolge:
1. Überschrift des zu übersetzenden Textes anklicken
2. Sprache auswählen
3. (edit) anklicken und los geht's !

P.S. Falls Du in eine andere Sprache übersetzen kannst ist dies natürlich ebenfalls sehr erwünscht !

****

Neue Broschüre: Aussageverweigerung und Verhörmethoden

Die gerade erschienene Broschüre "Aussageverweigerung und Verhörmethoden" der Roten Hilfe bezieht Stellung zum immer wieder und immer umstrittenen Thema "Aussageverweigerung". Sie ist über den Literaturvertrieb erhältlich oder im Internet unter der Adresse www.aussageverweigerung.info als PDF downloadbar.

Aus dem Vorwort:
"Um den Repressionsorganen des Staates keinen Einblick in die eigenen Strukturen zu gewa?hren und sich selbst und andere vor Repression zu schützen, galt in der Linken lange Zeit strömungsübergreifend das "Anna und Arthur halten's Maul"-Prinzip. Seit einigen Jahren aber nehmen wir als Rote Hilfe zur Kenntnis, dass viele Menschen bei der Polizei Aussagen machen, um entweder ihre eigene ›Unschuld‹ zu beweisen oder weil sie einge- schüchtert sind. Auch bei der Staatsanwaltschaft wird geredet, vor Gerichten werden Zeugenaussagen gemacht ...
Gefördert wird ein solches Verhalten von Gruppen die einen "kreativen Umgang mit Polizei und Justiz" propagieren und damit von Repression Betroffenen das Gefühl vermitteln, die Polizei mit harmlosen Aussagen im Verhoör ›austricksen‹ zu können.
Aber:
Es gibt keine ›harmlosen‹ Aussagen! Jede äußerung hilft der Polizei bei ihren Ermittlungen, entweder gegen dich oder gegen andere. Scheinbar ›entlastende‹ Aussagen können entweder andere belasten, oder der Polizei Tipps geben, nach weiteren Beweisen gegen dich zu suchen oder sie zu erfinden. Deshalb: Bei Polizei und Staatsanwaltschaft konsequente Aussageverweigerung! Der Trend sich bei der Polizei, der Staatsanwaltschaft oder vor Gericht zur Sache einzulassen zeigt, dass Wissen und Bewusstsein über den richtigen Umgang mit Polizei und Justiz nicht selbstverständlich sind ...

Deshalb muss das Thema Aussageverweigerung ein permanenter Bestandteil der politischen Arbeit sein. Nur wenn wir diesen Grundsatz kontinuierlich an die neuen GenossInnen weitergeben, können wir uns und unsere Strukturen schützen. Die vorliegende Broschüre soll ein Beitrag hierfür sein. Sie soll aufzeigen welche Rechte wir als BeschuldigteR oder ZeugIn gegenu?ber Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten haben, welche Konsequenzen eine Aussageverweigerung haben kann und warum es trotzdem richtig ist, die Klappe zu halten."

****

Razzien gegen Anti-G-8-Bewegung waren rechtswidrig

Mit der Entscheidung des Bundesgerichtshofs (BGH) sind den ausufernden Kriminalisierungsversuchen der Bundesanwaltschaft gegen die außerparlamentarische Linke erneut deutliche Grenzen gesetzt worden. Der BGH stellte in sehr deutlichen Worten klar: "Eine von den Beschuldigten etwa gebildete Vereinigung kann (...) nicht als terroristische Vereinigung eingeordnet werden, was die Zuständigkeit des Bundes ohne weiteres begründet hätte." Außerdem äußerte der 3. Strafsenat "nachhaltige Zweifel" daran, ob sich "die beschuldigten Globalisierungsgegner tatsächlich zu einer Vereinigung im strafrechtlichen Sinne zusammengeschlossen haben".

Im Klartext: Die Bundesanwaltschaft hat eine imaginäre kriminelle Vereinigung aus dem Hut gezaubert, um ihre massiven Kriminalisierungsversuche zu rechtfertigen, Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und Beschlagnahmungen durchzusetzen und die globalisierungskritische Bewegung einzuschüchtern und zu spalten.
Bereits im vergangenen November hatte der BGH deutlich gemacht, dass die Ermittlungen gegen die "militante Gruppe" als angebliche "terroristische Vereinigung" der rechtlichen Grundlage entbehrten.

Der Terrorismusvorwurf dient seit der Einführung des §129a, der 1976 im Zuge der RAF-Prozesse durchgepeitscht wurde, als Vorwand, der den Ermittlungsbehörden nahezu jedes Mittel der Ausforschung, Einschüchterung und Kriminalisierung linker Gruppen ermöglicht. Aufgrund der regelmäßig mehr als dürftigen Beweislage kommen nur die allerwenigsten 129a-Verfahren jemals überhaupt zur Anklage, obwohl der Paragraph den konkreten Nachweis irgendeiner Tatbeteiligung gar nicht nötig macht.
Wir fordern weiterhin die Einstellung sämtlicher Ermittlungsverfahren und die sofortige Abschaffung der §129, 129a und 129b.

****

Neues aus dem SZ: Kundgebung mit kulturellem Programm war ein großer Erfolg!

Neben verschiedenen Redebeiträgen zum Sozialen Zentrum und den aktuellen Aktionen wurde sich u.a. auch kritisch mit der für 2011 geplanten Landesgartenschau auseinandergesetzt - eines weiteres kostenintensives Prestigeprojekt der Stadt Norderstedt, durch das Kommerzialisierung und Privatisierung weiter voran getrieben werden sollen. Der Abriss des Sozialen Zentrums Norderstedt vor zwei Jahren durch Oberbürgermeister Grote und seinen Baudezernenten Bosse ließ übrig, was wir vom kapitalistischen Gemeinwesen auch weiterhin für uns erwarten dürfen: Einen Parkplatz für Menschen, die sich kein anderes Vergnügen als ein geglücktes Shopping-Event mehr vorstellen können.

Die geplante Landesgartenschau in Norderstedt wird einen weiteren Freiraum zerstören. Für 15 Millionen Euro wird ein Teil des Sees zugeschüttet, ein Ring aus Beton um das Gelände gezogen und eine Wasserskianlage gebaut. Für das Strand- und Naturbad werden wir Eintritt zahlen müssen - dafür sorgt der Zaun drum herum.

Keine weitere Enteignung selbstbestimmter Räume in Norderstedt ...

Auch die Gebäude des ehemaligen Kieswerkes, in das Oberbürgermeister Grote (für noch ein paar Millionen Euro) Kleinkunst für gehobene Ansprüche etablieren will, stehen dieser Tage noch ungenutzt und leer in der Gegend herum. Die Idee einer Kampagne "Freies Baden für alle! Kiesa libre" wartet auf ihre praktische Gestaltung. Lasst uns unsere Ideen sammeln und in die Tat umsetzen. Nutzen wir unsere Möglichkeiten und Erfahrungen: Vielleicht findet 2008 das letzte Schall- und Rausch auf dem Gelände statt.

Alles für alle!
Auf ein heißes Jahr 2008!

****

Richter ordnet Beugehaft an

Der Bundesgerichtshof hat heute bekannt gegeben, dass gegen drei ehemalige RAF-Mitglieder Beugehaft angeordnet wurde. Betroffen sind Knut Folkerts, der bereits 18 Jahre im Gefängnis verbracht hat, Brigitte Mohnhaupt, die im vergangenen Jahr den Knast nach 24 Jahren endlich verlassen konnte und Christian Klar, bei dem die Beugehaft zusätzlich auf seine mittlerweile 25 Jahre andauernde Haft angerechnet wird. Für Christian rückt damit seine längst überfällige Haftentlassung erneut in weitere Ferne, auch wenn der Vollzug der Beschlüsse zunächst ausgesetzt wurde.

Grund für die Beugehaft ist die Tatsache, dass die drei sich weigern, zu Denunzianten zu werden und sich oder andere zu belasten. Der Bundesgerichtshof verneinte bei ihnen ein Aussageverweigerungsrecht, weil die Gefahr einer Selbstbelastung nicht mehr gegeben sei. Angesichts der Tatsache, dass den Gerichten in der Vergangenheit im Kampf gegen die RAF kein noch so fadenscheiniger Anhaltspunkt zu absurd war, um Angeklagte hinter Gitter zu bringen, mutet die Entscheidung des BGH grotesk und zynisch an. Die erneuten Ermittlungsverfahren gegen Stefan Wisniewski und Rolf Heißler beweisen, dass der Verfolgungswille der Bundesanwaltschaft ungebrochen ist.
Mitgliedern der RAF wurden in Strafverfahren, die rechtsstaatliche Maßstäbe ad absurdum führten, regelmäßig alle nur denkbaren Taten der RAF in der fraglichen Zeit zugerechnet. Wer, wenn nicht ehemalige Gefangene aus der RAF könnte ein Aussageverweigerungsrecht geltend machen, um sich vor weiterer Verfolgung zu schützen?

Anlass für die neuen Ermittlungen sind die talkshowkompatibel in der Öffentlichkeit lancierten Denunziationen des dubiosen Kronzeugen Peter Jürgen Boock, der schon mehrfach Unwahrheiten verbreitet hat, um den Ermittlungsbehörden zu Willen zu sein. Die Beugehaft stellt einen massiven Angriff auf das grundlegende Recht auf Aussageverweigerung dar. Sie erwartet und fördert Denunziantentum und unsolidarisches Verhalten.

Die Rote Hilfe protestiert gegen die Verhängung der Beugehaft und fordert die Freilassung Christian Klars und Birgit Hogefelds sowie die Einstellung aller Ermittlungsverfahren. Sie wird auch weiterhin das Prinzip der Aussageverweigerung gegenüber den staatlichen Repressionsorganen vertreten.

aus: Rote Hilfe

****

Infoveranstaltung über Umstände und Erscheinung Neonazistischer Strukturen in ländlichen Regionen am Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns

Wir wollen versuchen mit verschiedenen ReferentInnen einen Bogen von den Voraussetzungen eher ländlicher Regionen und ihren wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen, über Erscheinungen und Bemühungen dort ansässiger Neonazis dort Fuß zu fassen, bis hin zu möglichen Gegenstrategien zu spannen. Im Anschluss soll diskutiert werden wie effektive antifaschistische Arbeit gegen neonazistische Tendenzen im ländlichen Raum aussehen kann.

12.01.08, Rote Flora, Einlass 18.30, Beginn 19.00

Ab 22.00 Uhr findet dann eine Soliparty zur Unterstützung antifaschistischer Strukturen in MV statt.

weitere Infos: www.links-lang.de

militante gruppe: Gesammelte Werke erschienen

Im Internet ist in diesen Tagen eine Dokumentation sämtlicher Texte der militanten gruppe (mg) erschienen. Auf der Internetseite http://home.arcor.de/dokumentationX/ findet man eine Auflistung aller Veröffentlichungen der mg in chronologischer Reihenfolge sowie eine Liste aller militanten Aktionen der mg von A wie Arbeitsamt bis T wie Telekom. Für Nicht-Internet-Nutzer gibt es das Ganze auf einer Daten-CD.

Die Herausgeber wollen mit ihren Veröffentlichungen die inhaltlichen und praktischen Beiträge der mg thematisieren. Zu ihren Texten gehören auch der Beitrag "Stadtguerilla oder Miliz", in dem den verschiedenen Konzepten der Guerilla und Milizmodellen nachgegangen wird. Das Papier "Bewaffneter Kampf - Aufstand - Revolution" beschäftigt sich mit der Rolle der revolutionären Gewalt und Aufstandsstrategien in der Geschichte und den Texten dazu u.a. von Babeuf, Bakunin, Marx und Engels.

Die militante gruppe trägt seit mehreren Jahren zur Entwicklung revolutionärer militanter Politik bei und setzt sich für eine tiefergehende Analyse der Geschichte des antikapitalistischen Widerstandes und der revolutionären Bewegung ein. Insofern erscheint es den Herausgebern wichtig, die Texte der mg einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Die Texte sind auf der Webseite auch thematisch sortiert: Zum einen gibt es die Anschlagserklärungen, dann Beiträge zur Militanzdebatte, Beiträge anlässlich bestimmter Themen und schließlich den mg-express, ein kleines Blättchen der mg mit Infos zu klandestiner Politik und aktuellen politischen Ereignissen. Tipps, wie man sich vor der staatlichen Überwachung durch die Repressionsorgane schützen kann, runden das Angebot der Webseite ab.

In der Dokumentation steckt eine Menge Arbeit. Die Texte der militanten gruppe waren bisher nur im Rahmen der Militanzdebatte bis zum Jahr 2003 im Internet dokumentiert (http://www.geocities.com/militanzdebatte/). Aktuellere Texte konnten Interessierte nur in Szenezeitschriften, häufig in schlechter Druckqualität, nachlesen. Dieser Mangel ist nun behoben.

Die Webseite und die Broschüre zur CD sind sehr übersichtlich und schön gestaltet. Die Webseite schmückt ein Salzfässchen - es spielt auf die Solidaritätsparole "militante gruppe - das Salz in der Suppe" an, die nach den Razzien auf den Soli-Demos gerufen wurde. Die CD ist mitsamt der 12-seitigen Broschüre in Infoläden erhältlich.

Seit bestehen der militanten gruppe 2001 läuft ein §129a-Ermittlungsverfahren gegen Berliner Genossen. Im Laufe der Jahre kamen weitere Ermittlungsverfahren hinzu.



Inzwischen wird gegen mindestens 12 Personen ermittelt, darunter sind Andrej Holm, Oliver, Florian und Axel, die mehrere Wochen bzw. Monate in Berlin-Moabit im Knast saßen. Für alle Beschuldigten und auch ihrem Freundeskreis bedeutet das Verfahren teils jahrelange lückenlose Überwachung von Telefon, Email und Internet sowie Observation, stündliche Handy-Ortung und Peilsender in Autos. Das Verfahren ist inzwischen von §129a auf §129 herabgestuft worden. Dennoch laufen die Ermittlungen weiter. In ein paar Monaten könnte es schon zu einem Prozess vor dem Berliner Kammergericht kommen.

Für die Prozessarbeit ist diese DokumentationX wichtig. Den Menschen wird Mitgliedschaft in der militanten gruppe vorgeworfen. Was liegt einer guten Soli-Arbeit näher, als sich mit den Vorwürfen auseinanderzusetzen. Die neue Webseite ist eine gute Ergänzung zu zahlreichen anderen Initiativen, wie beispielsweise die Webseite http://soli.blogsport.de/ , die einen inhaltlichen Schwerpunkt auf Antimilitarismus legt.

****

Die europäische Sicherheitsarchitektur zum Einsturz bringen!

Am 29. und 30. Januar 2008 soll im Congress Center am Berliner Alexanderplatz der "11. Europäische Polizeikongreß" stattfinden. Veranstaltet von der "Behörden Spiegel-Gruppe", finanziert von EADS und SAP treffen sich Nachrichtendienste, Polizeiführer, Politiker und Sicherheitsindustrie unter dem Motto "Europäische Sicherheitsarchitekturen: Informationstechnologie - Ermittlung - Einsatz".

Die Industrie bewirbt den Kongreß als Messe. Politiker referieren über "neue Bedrohungslagen" und stellen neue Konzepte zur "Risikokontrolle" vor: "Zivil-militärische Zusammenarbeit", "Border Control", den Aufbau der "Europäische Gendarmerietruppe" in Vicenza, "Crowd Control" bei Gipfelprotesten etc.
Sogenannte "VIPs" des Kongresses: Justizministerin Brigitte Zypries; Tom Shirk, President SAP; Landesinnenminister Günther Beckstein; Max Peter Ratzel, Exekutivdirektor Europol; BKA-Präsident Jörg Ziercke; Ilkka Laitinen, Exekutivdirektor der "Grenzagentur" FRONTEX.

Das "Hauptprogramm" besteht aus "internationaler Prominenz aus den Führungsebenen", dazu eine begleitende Ausstellung "der führenden Hersteller von Systemlösungen". Am 29. Januar referiert Schäuble auf dem "Forum der europäischen Innenminister" zum Grenzregime Schengen.

"Die Einschränkung unserer persönlichen Freiheiten findet täglich statt. Der Rückba sozialer Sicherung im globalisierten Kapitalismus geht einher mit der Umstrukturierung von Innenstädten, "Gated Communities" mit Kameras, Zäunen und Security oder Video-Überwachung am Arbeitsplatz. Neben der Bewegungsfreiheit wird die freie Nutzung des Internets zunehmend eingeschränkt. Gegen mißliebige Soziale Bewegungen werden neue Gesetze erlassen.
Du bist der alltäglichen Überwachung. ausgesetzt."

Demonstration am 29. Januar 2008, 15.30 Uhr Dussmann Kaufhaus, Unter den Linden/ Friedrichstraße. Route: Bertelsmann AG - Außenministerium - Haus der Wirtschaft - Kongreßzentrum Alexanderplatz

mehr Infos:
http://euro-police.noblogs.org

aus dem Aufruf zur Demonstration gegen den "11. Europäischen Polizeikongreß

****

Vorratsdatenspeicherung

Ab Januar sind alle Provider (Telekom, Arcor, Alice und wie sie alle heißen) in Deutschland gesetzlich verpflichtet, die Verbindungsdaten plus Email-Verkehr für 6 Monate zu speichern. D.h. alles was mensch in 6 Monaten im Internet macht, wird gespeichert. Dies ist eine europäische Richtlinie und wird daher vermutlich früher oder später in der gesamten EU umgesetzt.

Jeder Provider in Deutschland bekommt einen bestimmten IP-Bereich im Internet (dies wird in Deutschland von der Firma RIPE organisiert), daher ist es ein leichtes, über die IP-Adresse an euch zu kommen. Wirksames Mittel dagegen ist Tor. Bei Tor werden diese Daten nicht gespeichert, können also nicht auf euch zurückgeführt werden. Das Problem ist allerdings, aufgrund der Gesetzeslage kann Tor Deutschland jetzt jederzeit verboten werden und dann fallen die deutschen Knoten weg, benutzbar bleibt es allerdings, da es nicht in allen Ländern Gesetze zur Vorratsdatenspeicherung gibt, es wird nur langsamer.

Die Software Jap ist nur eingeschränkt zu empfehlen, da die Verbindungsdaten hier schon heute gespeichert werden. Also wenn ihr mit Jap surft, weiß der Mensch der die Seite bebtreibt (also z.B der Nazi), die ihr euch anseht, nicht wer ihr seid. Bei Anfragen von Bullen an Jap, werden diese Daten dann allerdings rausgegeben.

Aus aktuellem Anlass - Das Archiv der Sozialen Bewegungen informiert: Sexismus und sexuelle Gewalt in der Linken

Pornografie im B-Movie (Oktober 2005), Sexismusdiskussion um Tacatacata (2006/07), Vergewaltigung in der linken, subkulturellen Szene (Sommer 2007) - die Zeck-Ausgaben der letzten zwei Jahre dokumentieren ausreichend, dass Sexismus und sexuelle Gewalt in der Linken nach wie vor existiert und thematisiert werden muss. In den Debatten, insbesondere über Vergewaltigungen, wird dabei immer noch (oder schon wieder?) die Definitionsmacht der Betroffenen angezweifelt, die jeweilige Geschichte individuell verhackstückt und somit der Vorfall entpolitisiert.

Dieser Umgang ist nicht neu, und v. a. seit Mitte der 90er Jahre haben viele politischen Gruppen und Zentren ihre Auseinandersetzungen in Broschüren dokumentiert, z. B.

- zu Sexismus in politischen Gruppen allgemein (1989) und speziell im AZ Heidelberg (1992), in Osnabrück (1985), in Düsseldorf (1988) ...
- über Pornofilme in linken Strukturen z. B. auf der Walli/Lübeck (1994),
- zu Vergewaltigungen im Hafen (1984) oder die Auseinandersetzung um die Politkabarettgruppe "Heiter bis Wolkig",
- zum Umgang mit Vergewaltiger und Vergewaltigerverteidigern in Hamburg (1994) und Berlin (1994).

In diesen Broschüren geht es immer wieder um Definitionsmacht und Männerkumpanei, um Vergewaltigung und Sexismus als strukturelle Gewalt und Mittel zur Herrschaftssicherung.
Die hier genannten Titel sind nur eine kleine Auswahl des Materials, das wir archivierten.

Zum aktuellen Umgang mit einem Vergewaltiger - Solidaritätserklärung

Dieses Schreiben bezieht sich auf die Veröffentlichung der ag unterstuetzung "Zum aktuellen Umgang mit einem Vergewaltiger", diese Veröffentlichung sollte erst gelesen werden, damit diese Solidaritätserklärung verstanden werden kann. Die Veröffentlichung ist erschienen in der Zeck Nr. 140 (Sept./Okt.2007). Dieser aktuelle Fall in Hamburg macht es, wie so viele andere Fälle auch, mal wieder so deutlich: Es ist wirklich unglaublich, dass sich in den letzten 20 Jahren so wenig in der (gemischten - all gender) linksradikalen Szene verändert hat. Der Umgang mit Vergewaltigung und sexualisierter Gewalt hat sich hier kaum weiterentwickelt. Es ist immer noch so, dass der überwiegende Teil der linksradikalen Szene Sexismus und sexualisierte Gewalt ignoriert. Dieses Klima der Ignoranz macht es wie auch in diesem Fall den Tätern und dem Täterumfeld leicht ihr Ding durch zu ziehen und aktiven Täterschutz zu betreiben. Diese Ignoranz, dieses Weghören, Wegsehen, nicht handeln, nicht parteilich im Sinne der Betroffenen handeln macht den aktiven Täterschutz anderer erst möglich. Es ist erschreckend, dass Betroffene die sexualisierte Gewalt und Vergewaltigungen benennen und ihre unterstützenden Umfelder wie auch in diesem Fall angefeindet und bedroht werden. Diese Anfeindungen und Bedrohungen können nur stattfinden, weil sich die linksradikale Szene nicht solidarisch und parteilich zu Betroffenen und ihren Unterstützer_innen verhält.
Eine Szene, die sich der Emanzipation verschrieben hat, wo linksradikale Inhalte und Haltungen gelebt und verbreitert werden und werden sollen, muss aufhören durch aktives Wegschauen und nichts sagen den Status Quo zu erhalten. Dieser Status Quo besteht immer noch daraus, dass wie in diesem Fall linke Kollektive, wie das Onkel-Otto-Kollektiv und das Kollektiv vom Fischkopp-Plattenladen aktiven Täterschutz betreiben. Wie viele Jahre wollen wir noch diskutieren und nichts bewegt sich. Wie viele Jahre Ignoranz und Täterschutz noch hinnehmen. Wir rufen zu einem aktiven Antisexismus auf !!! Zu einer aktiven Gegenwehr. (Wir sind wütend und wir denken, dass kommt auch rüber.) Und nun zu etwas Grundsätzlichem (nicht auf diesen Fall bezogen) wollten wir noch mal etwas Generelles klarmachen. Dies ist uns ein Anliegen, da wir in Gesprächen und Diskussionen immer wieder mitkriegen, dass hier ein paar Punkte nicht verstanden werden:Nein heißt Nein! Und wer ein Nein nicht akzeptiert ist ein Vergewaltiger! Schweigen, Wegdrehen, Ich weiß nicht, Ich bin müde heißt Nein und wer ein Nein nicht akzeptiert ist ein Vergewaltiger! Und das ist ganz wörtlich gemeint.Uns allen muss bewusst sein, dass Sexualität nicht in einem befreiten, luftleeren Raum stattfindet. Wir sind alle sozialisiert und wegen der herrschenden Zwangszweigeschlechtlichkeit sind wir eben alle entweder männlich oder weiblich sozialisiert und diese Sozialisation schreibt sich ein, sie prägt tief und ist nicht leicht zu dekonstruieren, nicht leicht wieder los zu werden. Diese Sozialisation macht sich auch im Bett bemerkbar. Sexualität findet nicht in einem machtfreien Raum statt. Sexualität ist nicht herrschaftsfrei und wie wenig uns das auch gefallen mag heterosexuelle Sexualität ist strukturell gewaltförmig. Mit diesen Ausgangsbedingungen wird sich kaum auseinandergesetzt. In den USA z.B. werden Ansätze von konsensualer Sexualität diskutiert, das meint die Entwicklung und das Leben von Sexualität, die auf Konsens basiert. Derartige Ansätze werden in der BRD kaum diskutiert (außer z.B. in queeren, feministischen Räumen) und ein Reden darüber wäre in der gemischten - all gender Szene auch kaum möglich, weil die Vorraussetzungen eines sensiblen Redens, eines Redens durch das nicht wiederum Grenzverletzungen passieren nicht gegeben ist. In der gemischten - all gender linksradikalen Szene ist struktureller Sexismus immer noch vorherrschend, was sich u.a. daran festmacht, dass die Haltung "Nein heißt Nein!" immer noch nicht in der Szene angekommen ist. Jeder Mensch ist für sein Handeln verantwortlich und das gerade in dem verletzlichen Feld der Sexualität. Und jeder männlich sozialisierte Mensch steht besonders in der Verantwortung sich nicht in dem herrschaftsförmigen Raum auszuruhen und sich seiner Privilegien zu bedienen, sondern sich gerade deswegen aktiv des "Ja"s und des Konsens seines Gegenübers zu versichern und eine Atmosphäre aktiv mitzugestalten in der ein "Ja" oder "Nein" möglich ist. Nach diesem generellen Einschub kommen wir wieder zurück und zum Abschluss bleibt uns noch der Betroffenen und ihren Unterstützer_innen viel Kraft zu wünschen für ihren notwendigen, unglaublich wichtigen Kampf! Lasst euch nicht unterkriegen ! und Anerkennung dafür, dass ihr euch nicht abwendet, weggeht und schweigt, sondern für euren Raum eintretet, die Gewalt benennt und den Konflikt politisiert. Wir sind im Herzen bei euch

antisexist contact and awarenessgroup

Kritik an der Verharmlosung subjektiver Wahrnehmung

"Das Verramschen des Begriffs Vergewaltigung ist in der "Szene" inzwischen so weit fortgeschritten, dass jede Form von Aufdringlichkeit, jeder anzügliche Blick, jeder pejorative Gebrauch von Worten aus dem semantischen Sprachfeld rund um die Begriffe Sex und Sexualität unwidersprochen als Vergewaltigung definiert werden kann und nicht selten definiert wird."

(aus dem Flugblatt "Anmerkungen zu einer schmutzigen Geschichte und Kritik an dem Ausverkauf des Vergewaltigungsbegriffs" vom Mai 07)

Von einer Außenstehenden, die weder "Sein" noch "Ihr Umfeld" kennt

Mit der Verharmlosung subjektiver Wahrnehmung meine ich das Herunterspielen von Gefühlen von Personen, welche diese auf Grund einer bestimmten Erfahrung haben. Wahrnehmung ist subjektiv absolut verschieden. Deshalb glaube ich, dass wir uns niemals anmaßen sollten, die subjektiven Empfindungen von Menschen herunterzuspielen. Was für uns nicht schlimm ist, muss noch lange nicht für andere als nicht schlimm gelten. Viel mehr, was für uns nicht schlimm erscheint, kann für andere als sehr schlimm empfunden werden und folgenreich sein.

"Wenn Du vor mir stehst und mich ansiehst, was weißt Du von den Schmerzen, die in mir sind und was weiß ich von Deinen. Und wenn ich mich vor Dir niederwerfen würde und weinen und erzählen, was wüsstest Du von mir mehr als von der Hölle, wenn Dir jemand erzählt, sie ist heiß und fürchterlich. Schon darum sollten wir Menschen voreinander so ehrfürchtig, so nachdenklich (…) stehen, wie vor dem Eingang zur Hölle." Franz Kafka

Deshalb finde ich den Inhalt des Flugblattes von den Freundinnen, Freunden und Bekannten des Mannes ("Anmerkungen zu einer…") diesbezüglich anmaßend und stimme dem Artikel Antifeministisches Rollback in linken und subkulturellen Zusammenhängen (siehe Zeck Nr.141) genau deshalb zu. Auch der Artikel sexualisierte Gewalt in linken und subkulturellen Zusammenhängen (siehe Zeck Nr. 140) beschreibt die Bezüge von Vergewaltigungen und deren Leugnungen, sowie viele Ursachen und Folgen davon sehr reflektiert.

Das Flugblatt vom Mai 2007 "Vergewaltigung HaHaHa" finde ich jedoch auch fragwürdig. Und zwar deshalb, weil ich es für nicht richtig halte, jemanden samt Namens, Arbeitsplatz und Wohnhausnennung öffentlich zu stigmatisieren. Auch dann nicht, wenn man selbst stigmatisiert wurde. (was nicht heißen soll, dass es nicht verständlich ist)
Ich denke zudem, dass damit leider das Gegenteil von dem erreicht wird, was gewünscht ist. Es wird nämlich ein Neues Opfer geschaffen, bzw. benannt!
Dieses Opfer aber ist anscheinend TÄTER gewesen. Die wahre Verdrehung von Tatsachen geschieht also an dieser Stelle.

Alles andere kann leider anscheinend, wie so oft, nicht bewiesen werden. Wir waren nicht dabei. Bevor also jemand stigmatisiert wird und dadurch in die Opferrolle gerät, die ER IHR (sie ihm) dann natürlich zurück gibt durch ein antwortendes Flugblatt sollte besten Falls ordentlich kommuniziert werden.
Natürlich lässt sich das als Außen stehende leicht behaupten. Nein ich weiß es auch, wie schwierig und unmöglich dies ist (und anscheinend war es ja auch nicht möglich). Daher auch der Bezug auf Kafka.
Doch wäre der Idealzustand der, dass Wir einander begreifen.
Geschieht dies nicht, wird es auch keine wirkliche Veränderung geben und erst recht keine Auseinandersetzung, die uns (den beiden) hilft.

Wir müssen uns alle fragen, wie geschieht denn so etwas überhaupt in unseren Gesellschaften. Mit so etwas meine ich sowohl die Vergewaltigung "der Frau" wie die der Chilenin. So lange wir diesen unendlich schwierigen Fragen nicht nachgehen kommen wir zu keinem Ergebnis. Dann wird wohl weiterhin jede 3te Frau im Laufe ihres Lebens solche Erfahrungen machen.

Der Hergang fängt meiner Meinung nach mit "jeder Form von Aufdringlichkeit, jedem anzüglichen Blick, jedem pejorativen Gebrauch von Worten aus dem semantischen Sprachfeld rund um die Begriffe Sex und Sexualität" an und endet mit Vorfällen wie dem in Chile (blutigen Massenvergewaltigungen, auch von Kindern, an deren Ende oft der Tod steht). Dazwischen gibt es unglaublich viele Variationen, wie die, welche wohl "der Frau" widerfahren ist…

Ich könnte jetzt darüber spekulieren, wieso "der Mann" die Stadt verließ. War es weil "Ihre Geschichte" sich so zugetragen hat? Oder war es einfach weil die Situation "für Ihn" so schrecklich war? Es bleibt Spekulation.
Fest steht für mich jedoch, dass eine Vergewaltigung, die erst eine lange Zeit NACH ihrem Vollzug als solche begriffen wird, noch lange nur deshalb nicht auch eine sein kann. Es ist für diejenigen, die sich damit beschäftigt haben, völlig nachvollziehbar, dass es in Vergewaltigungsfällen oftmals zur absoluten Verdrängung kommt.
Dies kann dazu führen, dass das Opfer den Täter vorerst, manchmal ein Leben lang, schützt. Dieser Schutzmechanismus dient dem Überleben. Später dann kann es zu Dissoziationen kommen. Zu Momenten, die einen die Vergewaltigungssituation noch mal durchleben oder in Bruchstücken wieder erleben lassen. Das kann zum Beispiel bei einem neuen Partner geschehen. Erst dann wird die Vergewaltigung unter Umständen auch als solche begriffen, nach und nach.
Auch wenn sie zunächst als "Grenzüberschreitung" bewertet wurde.
Auch wenn jemand vielleicht. "Ja" gesagt hat, dann aber "nein" empfunden. Z.B. weil mit "ja" nicht mehr das gemeint war, was dann geschah…

allgemein:
Trotz alle dem ist es notwendig zu verstehen. Beide Seiten. Wenn der/die TäterIn das Opfer versteht, wird er/sie es nicht opfern, weil er/sie seine/ihre eigene Schwäche versteht und einsieht.
Deshalb ist es auch notwendig, dass verstanden wird, wo etwas anfängt.

Ein Blick wird dann anzüglich, wenn er als solches empfunden wird.

Sollte der/die AkteurIn des Blickes sich diese Anzüglichkeit dann jedoch selbst eingestehen, wird er/sie von dieser Anzüglichkeit von selbst ablassen, weil diese als solche begriffen wurde.

Wird zunächst ein dummer Spruch geklopft, aus vermeintlichem Spaß, ist sich der/die AkteurIn aber bewusst, was dieser Spruch im Ernst bedeutet und dass der In-

halt nicht einwandfrei ist, klopft den Spruch aber, um die Situation zu lockern, vielleicht. Seine/Ihre eigene,
ist das immer noch besser, als wenn kein Spruch geklopft, sich nach außen politisch korrekt verhalten und heimlich schlimmeres getan wird.

Es ist in jedem Falle besser, um seine eigenen Verhaltensweisen zu wissen, sie zu reflektieren, um sie loswerden zu können.

Sollte dies nicht möglich sein, ist es gut Hilfe zu suchen.
Vielleicht kann das Opfer, wenn es den/die TäterIn versteht, ihn/sie soweit akzeptieren, dass der/die TäterIn seine Gedanken nicht in die Tat umsetzt und seine Gedanken los wird, weil es erklärt, dass es nicht will, was er/sie will.

In jedem Fall ist es auch gut, zu wissen, was von einem/einer selbst nicht gewollt ist und dies zu äußern, anstatt zu tun, was nicht gewollt ist. Wenn von einem/einer selbst etwas getan wurde, was nicht gewollt war, sollte sich gefragt werden, wieso es trotzdem getan wurde. Der Mechanismus Dinge zu tun, die nicht gewollt sind muss durchbrochen werden ohne die Schuld dafür nur anderen zu geben.
Damit ist nicht gemeint, dass das Opfer selbst schuld ist!

Vielleicht können Menschen zusammenfinden, so dass sie sich einfach verstehen können, indem sie einander zuhören. So dass Gewalt überflüssig wird.

Offener Brief an das Onkel Otto, das Veranstaltungszentrum Hafenklang, den Plattenladen Fischkopp und das Plenum der Hafenstrasse

Seit mehreren Monaten läuft in Hamburg eine öffentliche Auseinandersetzung um den Vergewaltiger T. Sie ist der vorläufige Tiefpunkt eines über Jahre andauernden Prozesses von Einschüchterung, Bedrohung und körperlichen Angriffen durch T. und sein Umfeld gegen die Betroffene der Vergewaltigungen und einige ihrer FreundInnen.

Im Sommer diesen Jahres wurden die Vergewaltigungen und die aktuelle Situation der Betroffenen in der Erklärung "Zum aktuellen Umgang mit einem Vergewaltiger" (vgl. Zeck Nr. 140) öffentlich gemacht. In diesem Zusammenhang haben verschiedene Gruppen der linksradikalen Szene Forderungen an T., an sein Umfeld und an Projekte und Strukturen der linken Subkultur in Hamburg gestellt, um die Betroffene und ihre FreundInnen dabei zu unterstützen, wieder eine Perspektive auf eine erträgliche Lebenssituation in dieser Stadt zu bekommen.

Seitdem sind Monate vergangen, an der Situation hat sich aber strukturell nichts verändert. Die Bedrohungen gehen weiter, die Vorwürfe werden geleugnet, die Betroffene und ihre UnterstützerInnen werden diffamiert.

Dieser Zustand ist in jeder Form (für die Betroffenen persönlich, wie allgemein politisch) inakzeptabel und unerträglich.
Ihr seid als Projekte und Strukturen öffentliche Orte linker Subkultur in Hamburg. Ihr seid, ob Ihr das wollt oder nicht, Teil der Auseinandersetzung geworden, weil sich T. und sein Umfeld in Euren Räumen bewegen, dort arbeiten, feiern und ihren Alltag verbringen. Eure Räume werden dadurch auch zu Orten, von denen subjektiv die konkrete Bedrohung gegen die Betroffene, ihre FreundInnen und UnterstützerInnen mit ausgeht. Viele Menschen, die Teil Eurer jeweiligen Struktur sind und diese tragen, kennen T. Ihr steht nicht unbeteiligt abseits. In solchen Auseinandersetzungen gibt es keine neutrale Position. Ein Nichtverhalten bedeutet Billigung und damit Unterstützung der ausgeübten Gewalt, sowie patriarchaler Strukturen generell.

Wir erwarten deshalb von Euch, dass Ihr Euch in dieser Auseinandersetzung verhaltet und das auch öffentlich macht. Das bedeutet für uns vor allem, dass Ihr Euch zu den Forderungen an T. und an sein Umfeld erklärt. Das bedeutet, dass wir wissen wollen, wie Euer Beitrag aussehen soll, um die Lebenssitutation für die Betroffene und ihre FreundInnen wieder erträglich zu machen.
In der Erklärung "Zum aktuellen Umgang mit einem Vergewaltiger" sind verschiedene Punkte benannt worden, die Euch unmittelbar betreffen:
· die klare Distanzierung von T. und von sich an den Bedrohungen beteiligenden Personen
· der Ausschluss von T. aus subkulturellen Strukturen in Hamburg

Wir kennen von Euch dazu bisher keine Stellungnahmen. Wir wissen auch nicht, ob Ihr andere Versuche gemacht habt, um T. und seinem Umfeld klarzumachen, dass sie sofort aufhören müssen, zu bedrohen und zu verleumden und dass ihre Praxis alltäglicher sexistischer Gewalt nicht hinzunehmen ist.

Wir wissen nicht, ob Ihr gerade intern über den richtigen Weg oder die falsche Form im Umgang mit Vergewaltigungen diskutiert, ob Ihr informell schon das Gespräch mit den UnterstützerInnen der Betroffenen sucht oder ob Euch das alles nicht interesssiert. Wir erwarten von Euch eine Antwort auf diesen Brief in den nächsten 6 Wochen.

Hamburg, Dezember 2007
gruppe commode

(Uns ist bekannt, dass es auf dem Hafenplenum Diskussionen zu der Situation gegeben hat, und dass es bisher nicht möglich war, dort zu einer gemeinsamen Positionierung zu gelangen. Trotzdem erwarten wir auch von Euch eine Stellungnahme, auch vor dem Hintergrund, dass sich das Otto in Euren Häusern befindet.)
Wir haben diesen Brief den AdressatInnen in der 1. Januarwoche zukommen lassen.
Er wird veröffentlicht in der Zeck, der Interim und als Flugblatt

Kontakt: mail@gruppe-commode.org

Vorwort der Redaktion zum Text "Jetzt gilt's"

Wir als Redaktionskollektiv der ZECK haben uns entschieden den Artikel "Jetzt gilt's" in unsere Ausgabe aufzunehmen, auch wenn wir in vielen Punkten anderer Meinung sind. Wir stehen dem Artikel kritisch gegenüber, nehmen ihn aber trotzdem aus zwei Gründen auf:

1. Findet die Auseinandersetzung teilweise tatsächlich als reines Reiz-Reaktionsschema statt, was dem Versuch eines Umgangs mit der Thematik zuwiderläuft.

2. Finden wir es nach wie vor sinnvoll in eine konstruktive Auseinandersetzung zu kommen und das heißt auch verschiedene Sichtweisen aufzuzeigen. Da dieser Text bei weitem nicht so unsäglich ist wie das 4-Seiten-paper der "Freundinnen und Freunde von T." (der nun wirklich schlimmstes Blöd-Zeitungsniveau hatte), möchten wir zumindest diese Position zur Diskussion stellen.

Nichtsdestotrotz wären wir nicht wir, wenn wir nicht auch einige kritische Anmerkungen an dieser Stelle machen würden:
Der Text suggeriert seinen Leser_innen das Altautonome die um ihre Diskursmacht in Sorge sind, den Vergewaltigungsvorwurf als Auslöser nehmen um verlorengehende eigene Standards im Umgang mit Sexismus mal wieder festzuklopfen.
Dabei ziehen die über 30-Jährigen los um die unter 30-Jährigen zu briefen (da diese scheinbar blind und unreflektiert alles glau ben was die "Alten" sagen.). Selbstverständlich haben viele eine Meinung zu dieser Thematik ... wäre auch schlimm wenn dem nicht so ist, oder es keine Bereitschaft gäbe sich eine Position zu erarbeiten. Das heißt aber nicht zwanglaüfig, die "alten Positionen" zu übernehmen sondern gerade über Diskussionen gegebenenfalls auch zu einer Veränderung der eigenen Sichtweise zu kommen oder eben nicht.
Und allein das ist ein anstrengender Weg. Allerdings lässt sich derzeit nur schwer davon reden, es gäbe eine kontinuierliche Auseinandersetzung über Sexismus in der Szene, denn in der Regel herrscht hier viel mehr Auseinandersetzungsfaulheit, bzw. im besten Fall Lähmung. Es kommt nicht von nirgendwo das sexistisches Verhalten zunimmt. Vielleicht ist das Wort "Roll-Back" hier falsch, denn das was wir heute haben, ist eine Fortentwicklung bestehender Verhältnisse und damit nicht dasselbe wie zuvor. Aber umso wichtiger scheint es uns immer wieder, gemeinsame Standards zu diskutieren und dann auch festzulegen - denn es soll eben in "linken Räumen" nicht alles möglich sein. Daher sind die verpönten "Ismen" auch nach wie vor ein wichtiger Bestandteil linker Politik, wenn sie denn gefüllt sind.

Um eine konstruktive Auseinandersetzungen jedoch überhaupt möglich zu machen braucht es die Wahrnehmung der unterschiedlichen Sichtweisen. Das versucht der nachfolgende Text auf seine Weise.

Die Redaktion

Jetzt gilt´s

Es ist wieder soweit. Alle Jahre wieder, fast alle zehn, bekommen autonome Neueinsteiger die Gelegenheit einer Art Initiationsritus beizuwohnen. Wo stehst du? Bist du für oder gegen uns? Viele kennen das schon von der Antisemitismusdebatte.

Antideutsch oder Antiimp? Die Antideutschen sehen sich in der Minderzahl, die Antiimps auch. Beide kämpfen um die Diskursmacht und behaupten diese nicht inne zu haben, sondern an der Wand zu stehen. Deswegen kann es in Hamburg schon mal zur Schlägerei kommen, wenn der Untergang der eigenen Fraktion nahe scheint. Da bleibt eben keine Zeit mehr, um genauer hinzuschauen.
Wo es in der Antisemitismusdebatte noch die Möglichkeit gibt Fragen zu stellen oder sich durch Stimmenthaltung zu entziehen, ist das in der anderen großen laufenden Debatte schon schwieriger. Wer fragt, hat sich schon entschieden... das Fragen selbst ist nämlich Gegenstand der Debatte. Wer sich enthält auch... das Nichtverhalten stütze nämlich die schweigende Mehrheit der sog. Täter und Täterschützer.

Wir sprechen von der derzeitigen Vergewaltigungsdebatte.

(Post-)autonome der 90er sind wie selbstverständlich mit dem heftigen Streit um das schmählich bezeichnete "Kiezgericht" aufgewachsen. Die meisten sind es heute leid, darüber so zu diskutieren, wie es getan wird. Ein übriggebliebener Teil der (Post-)autonomen dieser Jahre gehört aber zu den Initiatoren der jetzigen Debatte. Zusammen mit der heutigen Generation führen sie diese und haben deswegen in der September/Oktober Ausgabe der Flora-Hauspostille "Zeck" ein sog. Papier veröffentlicht.
In diesem ist unter anderem eine Aufzählung nachzulesen, wie sich sog. Täter(schützer) "symptomatisch" verhalten würden und welche strukturellen Gemeinsamkeiten bei ihnen vorgefunden werden könnten.
Diese Aufzählung muss ergänzt werden. Es ist hier bewusst von "ergänzen" die Rede, denn es ist ja nicht alles falsch, was dort beschrieben wird. Aber auch in der Vorgehensweise der VerteidigerInnen des sog. Definitionsrechts lassen sich so einige Regelmäßigkeiten feststellen (die ritualisierte Wiederholung kann anhand diverser Positionspapiere in den verstaubten Aktenordnern der 80er und 90er im Schwarzmarkt oder Floraarchiv nachvollzogen werden). Ihre Aufzählung ist insofern scheinheilig, da die autonomen Feministen, Profeministen oder Antipatmänner ihren eigenen Sprechort verschweigen und sich stattdessen als objektive Instanz setzen. Vor allem wird sich bemüht einen ernsthaften und seriösen Ton anzuschlagen. Dies ist bis zu einem gewisssen Punkt auch notwendig und angebracht. Dennoch sind die sprachlichen Codes, die Forderungen, die Argumente und der Verlauf einer solchen Debatte seit den Anfängen der Autonomen ebenfalls vorstrukturiert. Um die nun folgenden Punkte muss das veröffentlichte Papier also fairerweise ergänzt werden. Es wird im folgenden prophetisch versucht den weiteren Verlauf der Debatte zu prognostizieren. Dies in der Hoffnung, dass wir uns irren und das Ende dieses mal anders kommt:

1. Ein aktueller Vergewaltigungsvorwurf dient als Auslöser, um daran exemplarisch prinzipielle Regeln des autonomen Feminismus in der Szene (mal wieder) zu erneuern und zu stabilisieren. Aus dem Zeck-Papier:
... wurde uns in dieser Situation wieder ein-

mal vor Augen geführt, dass es dringend nötig ist, sich innerhalb der Szene an Standards im Umgang mit Vergewaltigungsvorwürfen und Vergewaltigern zu erinnern und diese Standards zu verteidigen.".
Anders formuliert könnte das auch so klingen: Haben wir die Diskursmacht noch inne? Ist die neue Generation mit uns? Haben wir gegen dem bürgerlichen Feminismus und die anderen angeblichen Light-Feminismen endgültig verloren? Können wir wenigstens die autonome Bastion halten oder kommen wir ans Ende unserer kurzen Geschichte? Werden wir als "verbohrte FeministInnen" beschimpft und untergehen oder schaffen wir´ s noch mal unsere Wahrheit zu verteidigen?

2 .Schritt zwei: Der x-tausendste Rollback wird ausgerufen... so auch in dieser Debatte!

3.Die zentrale Botschaft der Debatte lautet: Es geht nicht mehr. Alles wurde versucht. Der (Täter) hatte seine Chance.
Die Chance sah so aus, dass er über einen gewissen Zeitraum die Möglichkeit hatte darüber zu "reflektieren", auf welchem Weg und wie zügig er sich entscheidet das über ihn gefällte Urteil zu übernehmen. Der Begriff Reflektion hat nicht den sonst üblichen semantischen Gehalt inne. Reflektion bedeutet faktisch vielmehr Assimilation, deren Voranschreiten von einer hin und wieder tagenden Kommission überprüft wird (Der Zeitraum war in dem aktuellen Fall ein paar Jahre lang, was äußerst untypisch ist, aber im Vergleich zu den 80/90ern immerhin als Novum zu begrüßen ist).

4. Was nicht zu beweisen war: Verletzende und sexistische Sprühereien sollen belegen, was wir schon wissen: Es gibt Macker, Arschlöcher und vielleicht sogar noch mehr potentielle Vergewaltiger (?) in unseren Reihen. Es ist aber klar, dass in einer patriarchalen Gesellschaft, zu der mit Einschränkung auch die Szene gehört, wie auf Knopfdruck gezielt Reaktionen provoziert werden, wenn man gesellschaftsuntypische Positionen gerade zu einem solchen Thema äußert. Eine self-fullfilling prophecy sozusagen, welche einem bestenfalls das Gefühl gibt, es schon immer gewusst zu haben, um dann noch angeblich gefasst hinterher zuschieben, dass man ja selbst nicht mal verwundert darüber sei. Doch dies alles dann als Beleg anzuführen, dass deswegen Rechte beschnitten werden müssen?

5. Eine Art Notstandsgesetzgebung wird angewandt: Das sog. Definitionsrecht, es ist das Herzstück des autonomen Feminismus. Bei dieser äußerst umstrittenen Rechtsauffassung ist es immens wichtig, dass nicht in gute und die böse Linke unterschieden wird. Doch genau dies wird getan. Dabei gibt es berechtigte Einwände, warum auch Linke schon immer große Vorbehalte gehabt haben sich völlig hinter das Definitionsrecht zu stellen. Es spricht eben auch vieles dafür, dass dieses eine gutgemeinte und progressiv gewendete Aushöhlung von historisch erkämpften Rechten ist. Es soll zwar ermöglichen die Vergewaltiger zu kriegen, welche frau ja tatsächlich sonst nicht kriegt, wie das aber eben so ist mit undemokratischen Vorgehensweisen, das Kind wird mit dem Bade ausgeschüttet.
Interessant: Die hochsensible Differenzierungsfähigkeit, welche in der gerade laufenden §129a-Debatte aufgebracht wird, vermisst man hier leider. Dort werden komischerweise mit einer unglaublichen Verve bürgerliche Errungenschaften hochgehalten: Skandal! Der Staat dreht die Beweislast um, überhaupt fehlt es an konkreten Beweisen für die Angeklagten, einseitige politische Justiz, Vorverurteilung, usw. Aus ist es mit der Schadenfreude über so manche Aktion im Schutze der Nacht immer erst dann, wenn man feststellt, dass der Staat sich Wege sucht, militante Linke mit undemokratischen Mitteln zu kriegen.

Das Definitionsrecht verfährt aber nicht groß anders. Um den Schutz der Nacht hier zu enthüllen, werden Rechte ausgehöhlt, um die zu kriegen, welche übergriffig werden. Mit effizientem Erfolg sogar, aber mit dem Risiko Unschuldige zu treffen. Das Argument, dass Frauen so was nicht erfinden würden... ein Blick in die Anwalts- und Prozessordner genügt, um dies zu widerlegen: Frauen benutzen diese Möglichkeit der Verleumdung aus unterschiedlichsten Gründen und ziehen dann später meist ihren Vergewaltigungsvorwurf reuig wieder zurück.
Um zu erklären, warum Frauen zu solchen fiesen Mitteln greifen, müssen auch keine patriarchalen Stereotypen bemüht werden, wie das von der "hinterlistigen Frau", und schon gar nicht muss eine Umdrehung der tatsächlichen "Opfer/Täter" - Verhältnisse versucht werden. Weit gefehlt. In verzweifelten Fällen greifen vielmehr beide Geschlechter zu den Waffen, welche sie zur Verfügung haben. Diese Waffen sind natürlich meist ungleich verteilt, aber: Kann das ein Grund sein mit einer dermaßen aufgehetzten Stimmung in der Szene alle paar Jahre Katastrophenalarm auszulösen? Nein, auch wenn das Definitionsrecht in seiner Anwendung wahrscheinlich viele Richtigen trifft. Sowohl dessen strukturelle Verfasstheit als auch die Art und Weise, wie in der Szene damit umgegangen wird, kommt einem mittelalterlichen Rückfall zu Zeiten der Inquisition gleich:
Die sich zusammenfindende Kommission um den sog. Täter ist nämlich gleichzeitig Anwalt und Richter in einem und hört letztendlich nur die Betroffene an. So verständlich es auch sein mag, dass man zum Schutz der Betroffenen nicht genauer nachfragen möchte, selbst wenn schmerzhaftes Nachfragen erspart würde, es bleibt ja immer noch die Möglichkeit den Angeklagten wenigstens gleichwertig anzuhören. Wenn dies aber überhaupt geschieht, wird seine Aussage einfach nicht verwertet. Wenn er anderes behauptet als das bereits Bestehende, verschlimmert er seine Lage, wie bei einem Ketzerprozess, nur noch. Sein Recht Stellung zu beziehen gilt vielmehr als Zeichen für seine Uneinsichtigkeit. Da der Vorfall eben schon "definiert" wurde, hat die Anhörung oft nur noch den Zweck abzufragen, ob er sich den nun "bekennt" oder nicht. Sich "anwaltliche" Hilfe (z.B. seine Freunde) zu holen ist ebenfalls untersagt. Verwehrt wird ihm, sich Luft zu machen, sich dem Freundeskreis anzuvertrauen, sich über die Sache auszutauschen und wenigstens dort seine Sichtweise darzustellen. Ist es da wirklich verwunderlich, dass eine Unterstützerin der Betroffenen meinte: "Der Typ hat seine Existenzberechtigung verloren."?

Würde es sich beim Definitionsrecht lediglich darum handeln, dass nur die Betroffene sagen kann, wie sie sich gefühlt hat, wäre das kein Problem. Aber jenseits des Emotionalen alleinig (!) bestimmen zu können, was konkret vorgefallen ist? Genauso wäre es völlig unproblematisch, wenn wir von einem professionellem therapeutischen Verhältnis sprechen würden, in dem uneingeschränkte Parteilichkeit für die Betroffenen notwendig ist, um überhaupt die Angst zu durchbrechen das Schweigen zu brechen. Aber darüber hinaus die Betroffene fast schon zur Richterin machen? Die bürgerliche Gewaltenteilung ist nicht das Nonplusultra der Menschheitsgeschichte, wahrlich das ist sie nicht, doch dahinter zurückfallen??? Über diese Fragezeichen muss in der Szene offen diskutiert werden können! Ansonsten werden mit dem unhinterfragbaren Pro für ein grenzenloses Definitionsrecht angeblich eindeutige Lösungen propagiert und machtvoll durchgesetzt.

6. Wir sagen nicht, was es war, es war aber eine Vergewaltigung: Die meisten Frauen haben alles andere im Sinn als irgendwelche Männer zu beschuldigen. Eher gegenteilig ist es das Problem, dass sie überhaupt mit ihrer Geschichte rausgehen. Gesetzt den Fall, dass es keine Unschuldigen sind, welche beschuldigt werden, zumindest werden

über einen semantisch offenen Vergewaltigungsbegriff sämtliche sexuellen Grenzverletzungen gleichgesetzt. Statt hervorzuheben, dass alle Betroffenen abhängig von ihrer Geschichte und ihrem Umgang ein Recht haben ihre sexuelle Grenzverletzung als so schlimm zu empfinden, wie sie es eben fühlen, firmiert unter dem Begriff Vergewaltigung alles mögliche, was die kollektiven Bilder unserer Gesellschaft so hergeben! Da haben wir die physisch gewalttätige Vergewaltigung wie sie im Kriege massenhaft vorkommt, aber auch (wie in einem "Vergewaltigunsvorfall" der 90er innerhalb der Szene) das Onanieren des Partners neben seiner Freundin, während sie schlief. Das soll alles wirklich das Gleiche sein? Als hätte der Mensch die Sprache erfunden, um Kommunikation nicht zu erleichtern, sondern sie ad absurdum zu führen. Hin und wieder erfährt man wenigstens ein bissl über den Ablauf der Geschichte, doch oft eben gar nichts. Genaueres darf ja nicht gefragt werden.

7. Die Forderungen: Raus aus unseren Zusammenhängen mit dem Typ. Manchmal geht's in der Tat nicht anders, keine Frage, doch scheint es in der linken Szene eine Totalität zu geben, welche nicht nur Persönlichkeitsrechte der Betroffenen schützt, sondern die des Beschuldigten in seiner Freiheit gegen null fährt. Wenn man sich nicht "hat reflektieren lassen" und die Betroffene natürlich nicht zustimmt, ist eine Rückkehr in die Szene unmöglich. Wenn der Beschuldigte das Politische zum ausschließlichen Primat gemacht hat, um Freundschaften zu knüpfen und somit versäumt hat außerhalb des subkulturellen Szeneghettos ein Leben zu haben, sieht er jetzt alt aus. Das bedeutet meist wegziehen, wenn man noch ein unbeobachtetes Leben haben möchte. Da die Szene ein Dorf ist, wissen meist auch andere Städte davon. In besonders schlimmen Fällen bekommt man deswegen auch in den neuen Orten Hausverbote. Es findet eine Isolierung statt. So war es auch bei dem jetzigen Beschuldigten Torsten.

8. Bekenntnisse werden von linksradikalen Gruppen, Szenetreffs, Läden, etc. abgerungen. Die, welche im letzten Jahr die Antisemitismusdebatte überlebt haben, bekommmen jetzt eine erneute Chance der (Selbst)zerfleischung. Mit typisch autonomer Feuerwehrpolitik wird das "Thema der Saison" hektisch aufgegriffen. Im Eilverfahren muss plötzlich zum wirklich ungünstigsten und beschissensten Zeitpunkt nachgeholt werden, was im Politzusammenhang sonst natürlich versäumt wurde: eine Gruppenposition zu Sexismus muss "erarbeitet" werden. In einer grauenhaft zwanghaften Atmosphäre, emotional völlig aufgeladen versucht jedes Gruppenmitglied, so gut wie es eben nicht gehen kann, sich eine differenzierte Meinung zu bilden. Wenn Anna auch noch in dem inneren Zirkel ist, der den Vergewaltiger "betreut" oder Arthur die beste Freundin von der Betroffenen kennt, helfen selbst Besonnenheit einfordernde Mahnungen nicht. Eine Auseinandersetzung kann so zwar nicht vernünftig stattfinden, aber es kann angepasstes Verhalten erlernt werden. Bedenkenträger bringen sich nämlich nur unter den Verdacht des Täterschutzes. Es folgt der Aufstand der Anständigen: Vor allem den Neuen (auch Frauen) wird spätestens beim dritten Gruppentreffen klar, dass Nachfragen heftige Reaktionen hervorbringt und dieser "Fauxpas" nur noch auszuwetzen ist, indem man schleunigst auch dafür ist, dass der Gruppenname selbstverständlich unter dem antisexistischen Papier steht. Ab jetzt ist es für manche nur noch möglich mit einer Doppelmoral weiterzuleben. Nach außen pfui, nach innen hui: In der Szene wird antisexistisch mitgelaufen und gehetzt und im Kopf werden sämtliche Fragen und Zweifel unterdrückt. Am Widersprüchlichsten sind diejenigen, welche ihren "Schmuddelkram" dennoch im Internet ausleben. Am Verräterischsten, welche im Eifer des Gefechts im Namen des Antisexismus einer "Täterschützerin" ein "Fotze" entgegenschleudern (s. Papier der Unterstützer des Beschuldigten).

9. Wer´ s mit dem utopischen Zusammenleben ernst gemeint hat und das Politische mit den Jobs, den Freunden, der FreundInn, der Gruppe, der Kneipe, der Band und der WG unauflösbar verbunden hat, erfährt jetzt, dass das linke Refugium nicht nur ein alternativer Experimentierort ist. Das Feld wird nämlich nicht nur in Politzusammenhängen neu sondiert, sondern auch am WG-Küchentisch. Vermeintliche Täterschützer müssen schon mal ausziehen (so auch in unserem aktuellen Fall gerade passsiert), gute Freundschaften zerbrechen, funktionierende WGs verwerfen sich. Ein allzu verständliches Wort für die falsche Seite genügt, um skeptisch angeblickt zu werden. Der emanzipativ gemeinte Klasssikerspruch "Das Private ist politisch" ist zur Drohung verkommen. Foucault lässt die Szene grüßen?

10. Sturmphase: Auf dem Zenith der Debatte ist es Zeit für die Koalition der Willigen. Wer "Standards verteidigen" will, braucht Verbündete. Diese finden sich und Ausscherer merkt man sich. Differenzierte Meinungen gibt es immer, aber geben sie auf und gehen unter. Es herrscht Aufruhr in der Szene: "Das war ein ekelhaftes Papier von der Gruppe xy. Sag mal, ist da nich´ auch Arthur mit drin? Der ist doch mit Anna zusammen. Wie geht die denn jetzt damit um??? Krass!!!", "Hast du gehört, die Gruppe xy stehen kurz vor der Auflösung. Da gehen zwei raus.", "Waaaaas, die Gruppe xy will sich nicht äußern???? War ja klar!".

11. Baisse: Die autonome Tradition wurde bewahrt, das Feld übersichtlich gestaltet und alle wissen jetzt, wer zukünftig nicht mehr zu uns gehört. Die paar Newcomer, welche vom autonomen Feminismus nicht überzeugt werden konnten, haben aber trainiert, was gesagt bzw. nicht gefragt werden darf. Letzteres ist ein missliebiger Punkt, der auch den autonomen Feministinnen aufgefallen ist und immer wieder von ihnen hilflos beklagt wird. Dass ihre Methodik aber genau das produziert, was sie verhindern soll, einen Haufen von nachplappernden und heuchlerischen Soft-Mackern, ist ein Widerspruch, den der autonome Feminismus natürlich nicht lösen kann.

12. Ende: Die Sache stumpft ab, die Standards wurden aber immerhin verteidigt. Der dringliche Verweis der Initiatoren, dass eigentlich immer noch nicht genug und vor allem zufriedenstellend diskutiert wurde, verhallt. Es bleibt nur noch festzustellen, dass, wie erwartet, der Rollback schlimm ist und die Debatte gezeigt hat, wie schlimm er ist! Man fühlt sich in seiner Meinung bestätigt... dass es eben schlimmerweise immer noch Menschen gibt, welche eine ANDERE Meinung haben! Schließlich hat man die Grenze, wie mit Sexismus umzugehen ist und was Sexismus überhaupt ist so eng gezogen, dass am Ende nur noch ihre Meinung als einzig legitime übrig blieb. Bauchschmerzen oder handfeste Kritik mit dem Definitionsrecht zu haben gehört zumindest nicht dazu. Alle anderen Meinungen wurden diskreditiert, was wir so oder so ähnlich bereits von der Antisemitismusdebatte zur Genüge kennen. Dass dies ein etwas merkwürdiges Verständnis von "befreiter Gesellschaft" ist und gerade auch Linke aus so wenig Ambiguitätstoleranz historisch gelernt haben sollten... Letztendlich bleibt ein kleiner, aber feiner Haufen übrig, welcher autonome Szene genannt wird und glaubt wenigstens versucht zu haben, wirklich alle Ismen am radikalsten und detailgetreuesten zu bekämpfen. In Hamburg sind das dann höchstens 500 Auserwählte, die zwar gesellschaftlich nicht interventionsfähig sind und gerade deswegen keine politisch relevante Bewegung aufbauen könn-

nen, aber man beruhigt sich: "Weniger ist ja manchmal mehr.". Die Revolution fällt somit Jahr für Jahr aus, weil der blöde Spießbürger (oder Torsten) wegen Sexismus, Antisemitismus, Rassismus, Klerikalismus, Faschismus, Klassismus (bei manchen noch Speziesismus) usw. noch nicht bereit dazu ist mit uns zusammenarbeiten zu können. Wie die Ismen auszulegen sind, was noch als Meinung gilt und was nicht, dass legen wir fest.

13. Ausblick: Fünf Jahre später steigen viele Ü30-Leute, welche bisher so schön mitgespielt haben, genervt aus der Szene aus (das hat allerdings noch ein paar mehr Gründe!). Die Szene wird aber nicht weniger, es hält sich immer so die Waage, denn junge Engagierte kommen nach. Bis es wieder heißt: Jetzt gilt´ s!

Wo sind eigentlich die ganzen Gender Studies-Studierenden, die doch sonst so gerne postmoderne Diskursanalysen anfertigen und die Matrix dekonstruieren? Interesssant, wann in der Szene mit Butler hantiert wird und wann plattester Differenzfeminismus der 80er "angerufen" wird. Schon mal die postmodernen Theorien auf die eigene Szene angewandt?
Es handelt sich nämlich hier keineswegs um einen herrschaftsfreien und schon gar nicht angstfreien Diskurs, in dem die nun folgenden Positionspapiere diskutiert werden. Damit meinen wir jetzt nicht die hegemoniale Männlichkeit, die sich hier durchsetzen könnte, denn die ist wie bereits erwähnt so oder so auch immer dabei. Wir meinen die andere machterhaltende Fraktion, welche gerade versucht die traditionellen "Standards zu verteidigen.": Unterschreibt, sonst Täterschutz!

Doch genug rumgehackt auf der einen Seite. Wie sieht's den bei den "Sexistenschweinen" aus? Na ja, oftmals genau so. Das Lachen an der Wand treibt einem in der Tat Wuttränen in die Augen ("Vergewaltigung HaHaHa"). Die Argumente sind auch auf dieser Seite seit den 90ern immmer die Gleichen: "war doch gar nicht so schlimm" oder "lustfeindlicher Haufen", "moralinsaure Klemmis". Mit letzterem haben sie zwar Recht... denn nach ein paar Jahren autonomer Szene muss sowohl Mann als auch Frau im Bett erst mal nachhholen lernen, das die F* -Wörter Spaß machen dürfen. Nur, was verdammt hat das mit einer sexuellen Grenzüberschreitung zu tun? Nichts. Das manche in der Szene ihre kleinbürgerliche Schamesröte zum langweiligen Ideal erheben ist eine Sache, doch davon ist hier nicht die Rede, sondern geht es um den ernstzunehmenden Vorwurf von sexueller Gewalt. Also, es gibt eben auch Leute, die so sind, wie so mancher Spruch es an der Wand es bezeugt... was aber nicht zu beweisen war (s.o.).

Was ist also der Punkt?
Der aktive und sich bekennende Unterstützerkreis des Beschuldigten wird assoziativ in die Nähe der beschissenen Sprüher gestellt. So werden Leute, welche Widersprüche sehen, eine abweichende Meinung haben oder schlichtweg auch in missliebigen Situationen noch zu Freunden stehen einfach in die Vergewaltigerecke gestellt. Genauso sind bereits die verdächtig, welche sich nicht eindeutig entscheiden können, spüren, dass in der Debatte irgendwie der Wurm drin ist, klare Gedanken unter Druck nicht gefasst werden können, Emotionen hoch kochen und man mitkriegt, dass sich Anna nicht mehr mit Anne versteht und Arthur nicht mehr mit Arne. Stress steht vielleicht sogar in der WG an. Geht es um den Bereich der Vergewaltigung, unterscheidet sich die billige Aufgeregtheit in der Szene und der Hang zur Lynchjustiz in der Tat nicht wesentlich von der reaktionär-bürgerlichen BILD-Zeitung. Den Unentschlossenen und Verunsicherten wirft man vor, wegzuschauen und wirft sie in einen Topf mit dem Angeklagten.

Ziel sollte es demnach sein einen offenen diskursiven Raum zu schaffen. Dieses Ziel wird bei dieser Debatte vielleicht noch nicht erreicht werden können, doch haben die theoretischen und praktischen Schwächen des autonomen Feminismus bereits in allen Diskussionen seit den 80ern kritische Stimmen hervorgebracht. Ein erster Schritt könnte eine Verweigerung sein sich positionieren zu müssen. Es ist sicherlich nicht die ideale Lösung, doch um die stufenweise Eskalationskette (wie oben beschrieben) zu unterbrechen, sollte mit dem Ignorieren begonnen werden. Dies hat schon einmal geklappt, als vor ein paar Jahren in einem Wohnprojekt ein Konflikt um eine Frauen/Männer-WG ausbrach. Hier wurde ebenfalls der Versuch gestartet, wenn auch halbherziger und es ging auch nicht um einen Vergewaltigungsvorwurf, die Szene dazu zu bewegen sich zum Rausschmiss zu positionieren. Kaum einer reagierte. Den Wortführer liefen ins Leere. Der Grund dafür war, dass eine autonome Generation (die der 90er) wegen Berufseinstiegs, Zweifel an der Verbalradikalität und der arroganten Methoden abtrat und schlichtweg keine Lust hatte zu diskutieren. Das Problem dabei war aber, dass die Diskussion dann völlig ausblieb. Ziel kann jedoch nicht sein, die Diskussion zu verhindern, sondern sie zu den Bedingungen aller zu gestalten. Die derzeitigen VerteidigerInnen der "Standards" müssen auf ihren Platz verwiesen werden, der gleichberechtigt unter den Anderen sein wird. Langfristig könnte das Ziel sein, aus der Defensive herauszukommen, um einen angstfreien Diskurs zu schaffen, wie er an den Rändern der linken Szene herrscht und schon immer geherrscht hat. Offenes Reden ist möglich. Antisexistische Vielfalt ist nötig.
Deshalb:

Wir verweigern uns die Szene wie im "Unterschichtsfernsehen" sich selbst zum Fraß vorzuwerfen... und das alle paar Jahre erneut. Wir verweigern uns die linkskonservative Verteufelung von Vergewaltigern zu unterstützen und Widersprüche auszublenden. Wir verweigern uns, indem wir uns wegdrehen, wenn man bei Politgruppen, Szeneläden und linken Kneipen hausieren geht und ihnen die antisexistische Pistole auf die Brust setzt. Wir verweigern uns weiterhin klein beizugeben und den vorgelegten Knebelvertrag zu unterschreiben, nur um nicht aufzufallen. Wir verweigern uns die Stimmung der Angst mitzubefördern, indem man das x-tausendste Positionspapier in der Geschichte der Autonomen zu unterzeichnen hat. Zur Erinnerung: Die Autonomen sind einst entstanden, um den sektenhaften, machterheischenden und disziplinären K-Gruppen der 70er etwas entgegenzuhalten. Sind wir ehrlich, wir nähern uns deren Dogmatismus immer mehr an. Es gibt keine Parallelgesellschaften in Deutschland? Doch, die gibt es.

Wir Schreibenden hier? Wir saßen jahrelang auf angesehenen informell-hierarchischen Pöstchen in linksradikalen Gruppen dieser Stadt, auf Treffen, Delis und Plenen, in AGs, Orgas, Bündnissen und Camps.
Wir wagen es zu riskieren, dass man uns Handlungsunfähigkeit vorwirft... schon wieder. Wir enttäuschten auch bei der Antisemitismusdebatte.

Fragend gehen wir voran

P.S.: Dieser Text ging auch an die "Zeck", in der Annahme, dass andere Positionen abseits der "Standards" beachtet werden.

Adieu Schanzenpark?

Schanzenpark, November 2007. Regen.

Viele Menschen haben in der Vergangenheit in vielerlei Formen ihren Unmut gegen ein Hotel, das nur ganz wenige wollten, deutlich gemacht. Seit vier Monaten, Juni 2007, ist dieses Hotel nun eröffnet. Was nun?

Trotz vielfältigen Protestes konnte die Zerstörung des Wasserturmes und der Bau des Hotels nicht verhindert werden.
Einmalig war, dass dem Hamburger Senat die Durchsetzung eines ihrer Prestigeobjekte im Namen der "Wachsenden Stadt" so wichtig war, dass über zweieinhalb Jahre der Park von Beamten der Bereitschaftspolizei und umher schleichenden Zivilkräften besetzt war.
Das Hotel im Schanzenpark war und ist für uns ein Symbol für Entwicklungen in Hamburg und anderswo, die wir ablehnen und bekämpfen, besonders vor unserer eigenen Haustür: Die Aneignung und Kommerzialisierung öffentlicher Räume für die privaten Profitinteressen Einzelner, die Vertreibung als störend empfundener Gruppen und Repressalien in lange nicht da gewesenem Ausmaß gegenüber denen, die sich nicht vertreiben lassen wollen. Natürlich ist der Schanzenpark nur ein Teil der Umstrukturierungsmaschinerie: Privatisierungen ganzer Einkaufsstraßen in Innenstadt und Hafencity, in denen von Demonstrationen bis Skaten alles verboten ist und willkürliche Platzverweise auf (noch) öffentlichen Straßen und Plätzen wie die versuchte Punkervertreibung in Ottensen oder die neuesten Schikanen gegen Jugendliche im Flora-Park sind nur einige Beispiele hierfür.
Aber auch andere Parks werden "aufgewertet": Aktuelle Planungen sehen die Umgestaltung des Volksparks zu einer kommmerziellen Happening-Meile vor. Das 4-Sterne Publikum will unterhalten werden. Wer es sich leisten kann und will, ist dabei, der Rest soll und muss verschwinden.
Gegen diese Entwicklung leisten wir am Schwerpunkt Schanzenpark weiterhin Widerstand -z.B. gegen den Versuch, weitere Teile des Parks der öffentlichen Nutzung zu entziehen. Der Plan, am Eingangsbereich beim Schlump ein ordentlich betoniertes Foyer des Hotels zu gestalten, musste aufgrund wütender Proteste fallen gelassen werden. Gewöhnlich gut informierte Kreise munkeln jedoch bereits, dass nach Eingemeindung des Schanzenviertels nach Altona (zur Bürgerschaftswahl am 24. Februar 2008) der dortige Bezirk das Projekt ab März 2008 wieder aus der Mottenkiste holen will - Abholzung, Wegfall der Lärmschutzwand für die AnwohnerInnen am Kleinen Schäferkamp, Wegfall von Grünflächen, dafür aber betonierte Parkplätze drohen erneut!
Bereits gestartet wurden Versuche, die Boulebahnen aus dem zentralen Parkbereich an den Rand des Parks zu verlagern oder ganz zu beseitigen - die Boulespieler seien negativ aufgefallen u.a. durch laute Unterhaltungen, Alkoholgenuss und Urinieren in an Wohngebäude angrenzendes Gebüsch. Mangels tatsächlich vorhandener Beschwerden soll nun der BOD (Bezirklicher Ordnungsdienst) das Terrain sondieren - anscheinend gilt auch diese Klientel nicht mehr als hotelkompatibel.
Wir werden nicht verschwinden, wir haben keineswegs mit dem Schanzenpark und dem unerwünschten Hotel abgeschlossen. Nach wie vor bringen HotelgegnerInnen ihren Unmut zum Ausdruck. In den letzten Wochen gab es farbliche Verschönerungen bei der Patrizia (wieder einmal), im extra zur Hanseboot-Messe gereinigten S/U-Bahn-Tunnel und auch am Hotel selbst war eine Woche lang Farbe gut zu sehen. Selbst ein in Brand gesteckter Papiercontainer wurde HotelgegnerInnen zugeschrieben. Zuletzt sorgte ein gegenüber vom Hoteleingangsbereich geparkter, mit Plakaten ("Fight Pigs in Parks") tapezierter, VW-Bus für Interesse und ratlose Security und PK16-Beamte.
Das Hotel ist isoliert, ein Fremdkörper in einem Park, der allen gehört. Diese Situation möchte man den üppig zahlenden Gästen gern vorenthalten. Hier sehen wir entscheidende Ansatzpunkte, auch mit bescheidenen Mitteln Wirkung zu erzielen. Jede und jeder kann (besser: könnte) einen kurzen Erholungsspaziergang verbinden mit kleinen oder größeren Aktionen, die die Gäste erreichen. Sobald sich mehrere verabreden, sorgt bereits die aufgefahrene Polizei für das entsprechende Ambiente - und Mövenpig sieht seine Sterne schwinden.

Die Hotelführung möchte ihr Objekt gern ohne allzu offensichtliche Bullenpräsenz weiterführen und setzt nun auf private Security-Kräfte. Diese wurden bereits vor der Hoteleröffnung von der zivilen P-Schicht des PK16 sowie von uniformierten Beamten ein- und unterwiesen. So gab es Treffen, bei denen auch Fotomaterial von bekannten Hotelgegnerinnen an Mövenpig und die Security-Firma WISAG weitergegeben wurde.
Damit die Hotelsecurity die Lage auch wirklich in den Griff bekommt, wurde vor dem endgültigen Abzug der Bereitschaftspolizei im September 2007 noch der Versuch gestartet, die hartnäckigsten HotelgegnerInnen aus dem Park zu prügeln.
Bekannte Mitglieder des "Freien Netzwerks für den Erhalt des Sternschanzenparks" sind nach Jahren polizeilicher und juristischer Schikanen und Repression auch weiterhin den gezielten Provokationen durch Security und die von ihnen hinzu gerufenen und gern "helfenden" Beamten der PK16 und PK17 ausgesetzt.
Es ist notwendig und richtig, wieder und weiter dort aufzutauchen - nicht erst zum dritten Jahrestag des Baubeginns am 10. Januar 2008. Doch auch dieser Termin wäre ein passender Anlass, den Hotelbetreibern wie in den Jahren davor klarzumachen, dass der Widerstand gegen ihr Objekt sich nicht erledigt hat.

Gegen Alltagsrepression im Schanzenpark und anderswo!
Schanzenpark für alle!
Mövenpig die Sterne klauen!

Freies Netzwerk für den Erhalt des Schanzenparks



Hamburg, Schanzenpark, 19. Nov. 2007: Sand drüber hilft nicht immer; rechtzeitig zu einer Veranstaltung der Financial Times wurde im Eingangsbereich des Mövenpig-Hotels Farbe angebracht.

Wachse Wachse Über Alles

Die Stadtentwicklungspolititk der Hamburger Parteien

Im März 2008 wird die gruppe commode einen Reader "Unterm Cluster liegt der Strand - Regionale Wettbewerbsstaaten in Europa und Widerstandsperspektiven" herausgeben. Der Reader wird u.a. Beiträge zu Wien, Amsterdam, Barcelona und Hamburg enthalten. Vorab ein gekürzter Beitrag zur stadtpolitischen Programmatik der Hamburger Partein im Bürgerschaftswahlkampf.

Ende Februar 2008 wird im Hamburg ein neues Landesparlament gewählt. Die Parteien sind mit ihren Wahlprogrammen und wirtschaftspolitischen Analysen in Stellung gegangen. Alle sozioökonomischen Forderungen beziehen sich auf das CDU Programm der Wachsenden Stadt, mit dem diese nun schon im siebten Jahr den wirtschaftspolitischen Ton angibt: "Hamburg soll im globalen Wettbewerb ganz von positioniert werden, es soll zu den World Winning Cities der Zukunft gehören" (Regierungsprogramm 2004-2008 der CDU). [...] Mit einer aggressiv am Weltmarkt ausgerichteten Angebotspolitik sollen auch gegenwärtig Unternehmen und qualifizierte Arbeitskräfte nach Hamburg geholt und so mit einem Anstieg der Einwohnerzahlen nicht nur das Steueraufkommen gestärkt, sondern auch ein überdurchschnittliches Wachstum des Bruttosozialproduktes erreicht werden. Für diese Politik steht die bedingungslose Unterstützung des Airbusmanagements (u.a. Landebahnerverlängerung), der Ausbau des Hafens durch den Verkauf der Hamburger Hafen und Logistik AG, die Erweiterung der Innenstadt durch eine primär an Verwertungsinteressen ausgerichteten Entwicklung der Hafencity, [...] der Sprung über die Elbe mit der Aufwertung von Wilhelmsburg durch die Internationale Gartenbau- und die internationale Architekturausstellung 2013 oder den Bau der Elbphilharmonie als neues Wahrzeichen des Stadtstaates.

Unter dem Titel "Eckpunkte für eine Industriepolitik - Cluster richtig auswählen und entwickeln", machte die Hamburger Handelskammer im Dezember 2006 detaillierte Vorschläge zur Fortentwicklung der CDU Politik der Wachsenden Stadt. [...] Für das Clustermanagement sieht die Handelskammer grundsätzlich Selbstverwaltungsstrukturen der jeweiligen Industriezweige vor, die auf den vorhandenen Wirtschaftsstrukturen aufbauen und nicht auf politischen ggf. auch außerökonomischen Zielsetzungen fußen. Als Vorleistung des Staates seien die gemeinsamen Bedürfnisse der Unternehmen eines Clusters zu ermitteln. Für das eigentliche Clustermanagement sei dabei der Wissens- und Technologietransfer über Hochschulen, wissenschaftliche Institute, Netzwerke oder Fortbildungseinrichtungen zentral. Der Clou besteht für die Handelskammer darin, dass sie für die sog. leicht mobilisierbaren Cluster Maschinenbau, maritime Industrie und erneuerbare Energien fordert, das Clustermanagement nicht nur selbst zu konzipieren sondern auch noch selbst umzusetzen. [...] Da sich alle diese durch die Handelskammer für sich selbst geforderten Tätigkeitsbereiche nicht von selbst finanzieren ist klar, dass die Handelskammer auf fremde (das heißt staatliche) Rechnung Klientelpolitik betreiben will.

Privatisierte Wirtschaftspolitik

Vor dem Hintergrund der Zwangsmitgliedschaft aller Hamburger Gewerbetreibenden in der Handelskammer kann von einem stark korporatistischen Einschlag in der Hamburger Wirtschaftpolitik gesprochen werden. Mit Blick darauf, dass der Erfolg einer Regierung auch davon abhängt, dass die eigene Wirtschaftspolitik ggf. von Privaten durchgeführt wird, kann von einem revidierten bzw. neuen Staatsmonopolkapitalismus gesprochen werden. Lenin ging davon aus, dass die kapitalistische Wirtschaft zur Sicherung ihres Fortbestandes auf die gestaltende Wirtschaftspolitik des Staates angewiesen ist. Das Konzept der Handelskammer macht umgekehrt den Erfolg eines wesentlichen Teils der Staatspolitik vom Wirken privatisierter Wirtschaftsstrukturpolitik abhängig. Die Vorschläge der Handelskammer sind eingebettet in eine Staatspolitik, die zunehmend auf sog. Öffentlich-Private-Partnerschaften oder privatrechtliche Projektgesellschaften zurückgreift, um staatliche Aufgaben umzusetzen (Schul- und Straßenbau, Hafencity und Elbphilharmonie). [...]

Die wirtschaftliche Elite der Stadt und die CDU sind von ihrem Erfolg überzeugt und wollen den bisherigen Weg fortsetzen. Das



macht aus Sicht des Kapitals auch Sinn, denn die auf Überseehandel, Luftfahrt, Medien, Unternehmensdienstleistungen, Tourismus und Maschinenbau ausgerichtete Wirtschaft der Hansestadt gehört zu den Globalisierungsgewinnern. Dass die wirtschaftliche Expansion mit einer zunehmenden sozialen Spaltung einher geht, wird von diesen Kreisen nicht in Frage gestellt. Diejenigen Wirtschaftssektoren, die nicht von der Weltmarkteinbindung profitieren bzw. nicht protektionistisch geschützt sind (z.B. die Landwirtschaft oder Teile des Handwerks) oder als einfache Tätigkeiten der innereuropäischen Konkurrenz von Unternehmen und Arbeitskräften ausgesetzt sind (u.a. Bau, Gastgewerbe, Reinigung, Wachschutz) gewähren ihren Arbeitskräften nur eine Existenz als Working Poor. [...]
Vor diesem Hintergrund ist deutlich, welche Klassenbasis die CDU anspricht: Diese findet sich zum einen in den Kernbelegschaften der Privatwirtschaft (z.B. bei Airbus oder beim Springer Verlag). Weniger Rückhalt hat die CDU in der sozialdemokratisch geprägten Verwaltung oder in den jüngst privatisierten Staatsbetrieben wie den Krankenhäusern. Traditionelle soziale Hochburgen der CDU sind der alte Mittelstand (Handwerk, qualifizierte Selbständige) und das Handels-, Finanz- und Industriekapital. Den abgehängten bzw. vom sozialen Abstieg bedrohten Segmenten der ArbeiterInnenklasse als auch demjenigen Teil der Mittelklasse, der meint, dass der "Pöbel es sich von Ihm nehmen würde", macht die Volkspartei CDU sicherheitspolitische Versprechen [...] Die offensive Imagepolitik einer wachsenden und herausgeputzten Metropole (u.a. durch eine neu aufgestellten Marketing GmbH), ein breiter Lokalpatriotismus [...] scheinen für die ideologische Herrschaft zu reichen. Revolten oder soziale Bewegungen, wie in den französischen Vorstädten, sind bisher ausgeblieben. Dort wo sich bisher aus der Mitte der Gesellschaft breiterer Widerstand gegen die Privatisierung der Landeskrankenhäuser oder zur Stärkung der Volksgesetzgebung regt, wird die Mehrheitsmeinung der Bevölkerung von der Parlamentsmehrheit der CDU ignoriert. [...]

Verwertungsfokus - die kreativen Einzelnen

Die Hamburger Grün Alternative Liste (GAL) wirft mit ihrem Konzept der "Kreativen Stadt" (November 2006) ein weiteres wirtschaftsliberales Konzept in den Ring. Demnach ist "die Entfaltung der eigenen Kreativität für die Menschen in modernen Gesellschaften zur wichtigsten Voraussetzung beim Streben nach Glück, Gerechtigkeit und wirtschaftlichem Wohlstand geworden. Die Entfaltung von Kreativität eröffnet uns individuell eine bessere Zukunft und trägt allgemein dazu bei, die Gesellschaft als Ganzes zu entwickeln." Viel blumiger lässt sich das wirtschaftspolitische Konzept der unsichtbaren Hand vom Urvater liberaler Politik Adam Smith nicht in den heutigen Zeitgeist übersetzen. Wenn alle individuell mit ihren jeweiligen Fertigkeiten nach ökonomischem Wohlergehen streben, dann so der Ansatz von Smith, würde sich der gesellschaftliche Nutzen und Fortschritt zwangsläufig und nahezu von alleine ergeben.

In der Logik klassischer Angebotspolitik stellt die GAL fest, dass sich Unternehmen dort ansiedeln, wo kreative Menschen (auf Bundesebene sprechen insb. CDU und FDP von Wissensgesellschaft) leben. [...] Dementsprechend zielen die Forderung der GAL im Bildungsbereich auf die Verbesserung der Bildungssituation durch einen ganztägigen Förderungs- und Betreuungsanspruch von Kindern ab dem ersten Lebensjahr sowie einer Schule für alle mit individueller Förderung; denn ein "möglichst hoher Bildungsabschluss nützt der Gesellschaft wie der Wirtschaft". MigrantInnen ohne legalen Aufenthaltsstatus sollen ein Recht auf Bildung und gesundheitliche Versorgung haben, damit ihre "Kreativität nicht unterdrückt" wird. Das heißt, eine liberale Flüchtlingspolitik begründet sich ebenfalls aus einem umfassenden kapitalistischen Verwertungsinteresse; [...] Den Langzeitarbeitslosen sollen "staatliche Beschäftigungsmöglichkeiten mit Qualifizierung" eröffnet werden, damit sie "ihre Fähigkeiten entwickeln und dem Gemeinwesen nützen". [...] Bei der Frauenförderung fokussiert sich der Blick auf die Mittelklasse, indem die Beschäftigungsquote durch "Karriereplanung in Wissenschaft und Forschung oder Existenzgründungen und öffentliche Kinderbetreuung" erhöht werden soll. Insgesamt soll Hamburg "ihren BewohnerInnen bestmögliche Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen, die für kreative Menschen aus aller Welt attraktiv ist".

Bei einem solchen programmatischen Ansatz wird deutlich, warum es in Hamburg keiner FDP mehr bedarf. Die GAL vertritt originär wirtschafts- bis linksliberale Positionen. Die Gesellschaft wird vom kreativen d.h. scheinbar freien Individuum her gedacht. Eine Wirtschaftsstrukturpolitik wird nicht entwickelt. [...] Innerhalb dieses liberalen Setings steht die GAL von ihrer Klassenbasis her für ein Bündnis der aufstiegsorientierten und dynamischen Mittelklasse mit Teilen der flexibilisierten und marginalisierten bzw. ethnisierten PeripheriearbeiterInnen. Teilweise geht diese Klassenstrukturierungen auch in einander über: Arbeitslose AkademikerInnen, die nur noch die Aussicht auf hoch flexible und schlecht entlohnte Anstellungsverhältnisse haben sind bei der GAL gut aufgehoben. [...]

Die SPD tritt zum einen unter dem Slogan "Menschliche Metropole - das Wachsende Hamburg gestalten" an (Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden Neumann vom 15.5.2006). Wie unter den SPD-Vorgängerregierungen soll "die richtige Idee der wachsenden Stadt auf den zentralen Säulen sozialer Fortschritt und ökonomischer Erfolg" aufbauen.
Dabei bezieht sich die SPD auf die Politik ihres ehemaligen Bürgermeisters Dohnanyi der die "Weiterentwicklung Hamburgs von ihrer industriellen Basis zu einer Wissensgesellschaft und zu einem Dienstleistungszentrum" geschafft habe. "Ein Gegenmodell macht deshalb weder sprachlich noch inhaltlich Sinn." [...] Darüber hinaus, macht Neumann für die SPD aber auch deutlich, dass sie grundsätzlich die Partei der Agenda 2010 ist. [...] Die SPD wird dabei nicht wie in der Vergangenheit dem "viel hilft viel in sozialen und gesellschaftlichen Problemlagen erliegen." In diesem Sinne ist nach Neumann "jede Arbeit zumutbar, die nicht illegal ist oder krank macht." Grundsätzlich so Neumann, "gilt der Grundsatz, dass das Geld erst erwirtschaftet werden muss. [...] Trotz aller Kritik am CDU-Senat, so Neumann, seien alle Fraktionsmitglieder der SPD "auch Lokalpatrioten, die stolz auf ihre Stadt sind".
Mit ihrem Regierungsprogramm vom 29.11.2007 schlägt die SPD auch linkere Töne an: Die Kita-Gebühren sollen schrittweise bis 2012 abgeschafft, ein Erststudium wieder gebührenfrei werden. Für Langzeitarbeitslose soll ein Programm sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze aufgelegt werden. Die Privatisierung von städtischem Eigentum sollen gestoppt und kommunale Stadtwerke aufgebaut werden, damit die BürgerInnen Energie preiswerter beziehen können. Die SPD will jährlich 5000 neue Wohnungen "für Normalverdiener" (kein sozialer Wohnungsbau) bauen lassen. Interessant ist jedoch, was in diesen Forderungen nicht steckt: Die Ein-Euro-Jobs sind an ihre Kapazitätsgrenze gestoßen und sollen nicht abgeschafft werden. Die SPD war für wesentliche Privatisierungen, wie die der Hamburger Electrizitätswerke, verantwortlich. Die negativen Folgen sollen nun mit Stadtwerken kompensiert werden, anstatt eine Rückverstaatlichung ins Auge zu fassen. Ein Verzicht auf weitere Privatisierungen lässt sich heutzutage einfach erklären,

da alle wesentlichen städtischen Unternehmen und Immobilien schon veräußert wurden. Wenn die Kita- und Studiengebühren abgeschafft werden würden, wäre dies ein Beitrag zur Verbesserung der Bildungschancen. Der entscheidende Schritt in eine solche Richtung wäre jedoch die Abschaffung der Gymnasien und der flächendekkende Aufbau von Gesamtschulen nach skandinavischem Vorbild.
Die Stärkung des Volksentscheides verbucht die SPD unter der Rubrik Bürgergesellschaft. Ansonsten versteht sie unter Bürgergesellschaft den Ausbau von Polizei und bezirklichem Ordnungsdienst. Die SPD beklagt eine "schrumpfende Polizei, die Schließung von Polizeikommissariaten, sie will mehr Sicherheit und Sauberkeit in den Stadtteilen und die Strafe muss insb. bei Jugendverfahren auf dem Fuße folgen". [...] Letztendlich ordnet sich die SPD damit weiterhin in eine autoritäre Wettbewerbsformierung ein, wenn ihr Bürgermeisterkandidat Naumann der Stadt als ehemaliger Bundesminister "Zutritt verschaffen soll in die Entscheider-Liga der wichtigsten Metropolen der Welt".
Die Programmatik der SPD steht insgesamt für ein konservatives Modell der sozialen Marktwirtschaft, angereichert um Elemente, die sie gegen die Konkurrenz der Linkspartei absichern sollen. [...] Mit dieser Position stellt die SPD ein Angebot für die politische Mitte dar, um die sich auch die modernistische Beust CDU bemüht. Von der Rhetorik und den politischen Forderungen her, stellt die SPD ein Klassenbündnis der Kernbelegschaften und des Handels- und Industriekapitals in Aussicht. Ihre ehemalige weitergehende Klassenbasis der Marginalisierten und PeripheriearbeiterInnen findet kaum Beachtung, außer als zu disziplinierende Masse der zu aktivierenden Langzeitarbeitslosen. [...]

Gespaltene Sozialdemokratie

Die Linkspartei beerbt in Teilen ,die Hamburger SPD. In Ihrem Sofortprogramm für die Bürgerschaftswahl "Hamburg für alle - sozial und solidarisch", fordert sie die Abschaffung der Hartz IV-Gesetzgebung, insbesondere das Ende der 1-Euro-Jobs und den Aufbau einer Kindergrundsicherung. [...] Der Staat soll außerdem sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze schaffen und einen Mindestlohn von 8 Euro garantieren. [...] Gegen die Politik des CDU-Senates, die Stadt wie ein Unternehmen zu führen, fordert sie ein Ende der Privatisierungspolitik. Die ehemaligen Hamburger Elektrizitätswerke, der ehemalige Landesbetrieb Krankenhäuser und die Pflegeeinrichtungen sollen wieder in Staatseigentum überführt werden. Statt einer Privatisierung der öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften soll vielmehr der öffentliche Wohnungsbau ausgedehnt werden. Wie die GAL fordert die Linkspartei eine Schule für alle. Für alle Kinder soll es eine kostenlose Ganztagesbetreuung und eine Lern- und Lehrmittelfreiheit geben. Jedem Schulabgänger ist ein Ausbildungsplatz zu garantieren und die Studiengebühren sollen wieder abgeschafft werden. Um diese Forderungen zu finanzieren, sollen die Renomierprojekte Hafencityausbau, Elbphilharmonie und Ausbau der U-Bahn an den Hafenrand gestoppt werden, mehr steuerliche Betriebsprüfer eingestellt werden, die Grund-, Gewerbe- und Erbschaftssteuer erhöht sowie die Vermögenssteuer wieder eingeführt werden. [...]

Zur theoriegeleiteten Begründung ihrer sozioökonomischen Forderungen bezieht sich die Linkspartei auch auf das Konzept "Alternativen der Hamburger Stadtentwicklung" (Hamburg 2006) des Wirtschaftswissenschaftlers Rainer Volkmann, der neuerdings auch ihr wirtschaftspolitischer Sprecher ist. Im Gegensatz zu allen anderen Parteien ist nur die Linkspartei in der Lage oder Willens, sich überhaupt einer wirtschaftswissenschaftlichen Fundierung zu bedienen. Volkmann fordert als Gegenmodell zur Politik der Wachsenden Stadt in klassisch linkskeynesianistischer Manier eine massive Ausweitung der Beschäftigung durch den öffentlichen Sektor. Eine Defizitanalyse der privaten und öffentlichen Güterproduktion (mit dem Ziel Nachfragelücken zu schließen und damit insgesamt eine Steigerung der Nachfrage zu ermöglichen) würde mögliche Einsatzfelder für Arbeitslose offen legen. [...] Dies wäre auch ein Beitrag zur Entwicklung der lokalen Ökonomien der Stadt im Gegensatz zu einer von "außen" herangetragenen und nach "außen" auf die nicht beeinflussbare Weltmarktnachfrage ausgerichteten Clusterpolitik für die Großindustrie. [...] Im übrigen würden die Reduzierung der Kosten der Arbeitslosigkeit und die gestiegene Nachfrage zu einer positiven ökonomischen Gesamtwirkung beitragen.

Die Linkspartei positioniert sich mit dieser Programmatik als Partei der sozial Marginalisierten und der zumeist reproletarisierten ArbeiterInnen in den peripheren Bereichen der Privatwirtschaft, der verbliebenen kämpferischen Mitglieder des öffentlichen Dienstes und der aktiven Mitgliedschaft der Gewerkschaften. [...] Die von der Linkspartei geforderte Stärkung der Nachfrageseite macht die Kapitalverwertung nicht in jedem Fall profitabler, stabilisiert den Kapitalismus jedoch wenn notwendig auf breiterer gesellschaftlicher Basis. Dass diese Stabilisierung jedoch zur Zeit noch nicht erforderlich ist wird auch dadurch deutlich, dass von herrschender Seite nicht ernsthaft darüber nachgedacht wird, die Linkspartei in Senatskoalitionen einzubeziehen. Eine weitergehende, sprich revolutionäre, Perspektive darf mit der Linkspartei nicht verbunden werden. An keinem Punkt macht sie deutlich, dass ihre humanistischen Reparaturforderungen an das kapitalistische Regime als Übergangsforderungen zu verstehen sind, die als Zwischenschritt für eine gesellschaftliche Umwälzung wirken sollen. [...]

Politische Gewinner und Verlierer der Globalisierung

Schaut man sich das Gesamttableau der Hamburger Parteien an, dann könnten unter kapitalistischen Verwertungsgesichtspunkten alle Parteien miteinander koalieren. Die Folge wären dann teils unterschiedliche Entwicklungspfade, die jedoch alle das kapitalistische Verwertungsparadigma nicht hinter sich lassen würden. Dass dies nicht geschieht, liegt an kulturellen Unterschieden, mit welchem Politik- und Staatsverständnis agiert wird und insbesondere daran, welche Verwertungsstrategie das Kapital selbst für opportun hält. Die Kapitalstrategie in Hamburg ist auf den Globalisierungswettbewerb und -gewinn ausgerichtet. Insofern gibt die aggressive CDU Propaganda der "World Winning Cities" diesem Bestreben unmittelbar Ausdruck.

In der Person des ehemaligen CDU Finanzsenators Peiner, des Treibers des Projektes Wachsende Stadt, hatte ein langjähriger Agent des Finanzkapitals (Peiner war zuvor Leiter eines Versicherungskonzerns) auch unmittelbar selbst das Finanz- bzw. Ressourcenressort übernommen. Sollte diese finanzkapitalgetriebene Politik, wovon auszugehen ist, fortgesetzt werden, dann bedeutet dies noch mehr Privatisierung von öffentlichen Aufgaben und öffentlichem Raum. Wie in der Hafencity wird dann das ob der Finanzierung und die Art der Ausgestaltung eines Stadtentwicklungsprojektes eine Frage des internationalen Wettbewerbs um kapitalintensive Investitionen sein. Andere Politikfelder, z.B. Wohnungsbau, Sozial- oder Migrationspolitik erlangen nur insofern eine Bedeutung, wie sie den Wettbewerbskurs stützen können (ausreichender Wohnraum für Mittelklassefamilien als Steuerzahler, qualifizierte Zuwanderung zur Stärkung/Differenzierung der Angebotsseite) oder wie die gegenwärtigen So-

zialprogramme für Armutsstadteile ein Ausbrechen von sozialen Widersprüchen verhindern und damit Imageprobleme vermeiden.

Die ehemalige Staatspartei SPD ist nicht wieder zu erkennen. Wie im Bund mit der sog. Arbeitsmarktreform fährt in Hamburg die CDU die Rendite der Wirtschaftspolitik der SPD ein. Das Viereck Hafenausbau, Medienstandort, Airbus und Hafencity hat die SPD unter dem ehemaligen Wirtschaftssenator Mirow auf die Schienen gesetzt. Wenn die SPD könnte, würde sie ihre alte und die jetzige Wirtschaftspolitik fortsetzen. [...] Mit dem Kampf in und um die Mitte hat sich die SPD in ein strategisches Dilemma begeben. Die Mitte wurde in den letzten Jahren durch die für die Konservativen relativ fortschrittliche Beust-CDU besetzt als auch die liberale Mitte schon durch die Grünen eingenommen ist. Im Gegenzug verliert die SPD ihre verarmte oder vom sozialen Abstieg bedrohte Klientel an die Gruppe der Nichtwähler (die nichts mehr von ihr erwarten können), an die Linkspartei (die für den hergebrachten Sozialstaat kämpft) und an die extreme Rechte, die für die Vorherrschaft des weißen Mannes gegenüber dem internationalen Proletariat eintritt. [...]

Die GAL ist eher als die SPD in der Lage, zu einer kapitalistischen Modernisierung beizutragen. Weil Sie noch konsequenter auf eine bessere und umfassendere Verwertbarkeit der Produktivkraft Arbeitskraft setzt. Im Gegensatz zur SPD ist sie auch in der Lage, die offensive Ausstrahlung einer erfolgreichen bürgerlichen Mitte zu generieren. Insofern ist sie auch subjektiv in der Lage mit allen Parteien zu koalieren und sich damit in die Position der Königsmacherin zu begeben. [...]

Und die Linkspartei? [...] Das gesellschaftliche Kräfteverhältnis wird sie nicht verändern, insbesondere nicht wesentlich zu einer Stärkung nichtparlamentarischer sozialer bzw. politisch radikaler Bewegungen beitragen. [...] Die Linkspartei hat noch nicht einmal Schritte unternommen, dieser Vereinnahmung, z.B. durch ein imperatives Mandat der sozialen Bewegungen, zu begegnen. Sie wird wie bisher auf Bundesebene durch Ihre Präsenz dafür sorgen, dass sich die schon etablierten Parteien in der einen oder anderen Frage ein wenig rhetorisch nach links positionieren oder die eine oder andere auch unter bürgerlich-liberalen Gesichtspunkten Schweinerei aufgedeckt oder gar verhindert wird. [...]

Denn grundsätzlich wäre auch ihr wirtschaftspolitisches Konzept anschlussfähig. Eine Nachfragesteuerung der Wirtschaft durch eine massive Ausdehnung der Beschäftigung ist zur Zeit jedoch nicht erforderlich, da die internationale Flexibilisierungsdynamik eine ausreichende Einbeziehung auch der Working Poor in den Verwertungsdynamik erlaubt (s.o.). Sollte dies eines Tages nicht mehr der Fall sein, würde sich das Kapital auch der Linkspartei bzw. ihrer Programmatik bedienen. Ein reelles Finanzierungskonzept durch eine Umschichtungen weg von einer kapitalintensiven Produktion und die Erhöhung insbesondere der Substanzbesteuerung (Gewerbe- Grund-, Vermögen) wäre auch vorhanden. [...] Ein linker Aufbruch wäre jedoch auch dies nicht.

gruppe commode,
Hamburg Dezember 2007













Nach Heiligendamm:

Wo steht die radikale Linke? Und: Was machen wir so die nächsten 2 Jahre?

Die Proteste in Heiligendamm haben gezeigt wie viel Energie freigesetzt wird, wenn viele zusammen kommen die entschlossen sind. Entschlossen ihren Unmut kundtun, Utopien leben, entschieden die Regeln umschiffen, weglachen, in den Wind schlagen.
Jetzt sind wir (linksradikalen) sogenannten "Gipfel-Gegner_innen" wieder zu Hause, bei unserem Job, dem was wir so tun, bei unseren Freund_innen. Wir leben unseren Widerstand nun wieder im Alltag, durch kleine und große Widersetzungen, mit Liebe, Solidarität und Kollektivität. Haben unsere Strukturen, unsere im Kleinen gelebten Utopien, Hausprojekte, Läden und Wagenplätze.
Nicht zu vergessen politische Arbeit, im Infoladen, Kiezcafé, Zeitungsprojekt und unsere autonomen, antirassistischen, antifaschistischen, feministischen, queeren Projekte, mit kleinen und großen Mobilisierungen.
Es gibt aktive Szenen; in den Metropolen stärker als auf dem Land und in kleineren Städten. Immer wieder gibt es überregionale Projekte auf die sich viele beziehen wie Wunsiedel und Mittenwald, Castor, antirassistische Grenzcamps und andere Camps. Überregionale Projekte sind wichtig für Menschen in deren Gegend nicht so viel läuft, um sich neues Wissen anzueignen, Standpunkte auszudiskutieren, Debatten weiter zu entwickeln und etwas ganz anderes zu leben.
Projekte setzen neue Impulse wie bei den Euromaydays und den Debatten um Prekarisierung, bei Aneignungspraxen und den Überflüssigen. Synergieeffekte pushen uns weiter, Diskussionen intensivieren sich und setzen neue Analysen und Strategien frei.

Wo steht die radikale Linke gerade? Wir sind nicht viel mehr und nicht viel weniger als in den letzten paar Jahren. Wir haben einige Räume verloren, Bambule in Hamburg, Yorck 59 in Berlin, Ungdomshuset in Kopenhagen und Rabatz in Paderborn. Wir haben wenige Räume dazu gewonnen, wie das NewYorck-Bethanien in Berlin, einzelne Hausbesetzungen in Graz und Dresden. Unterm Strich sind unsere Freiräume immmer stärker bedroht. Deswegen wird viel Kraft in die Verteidigung und Antirepresssionsarbeit gehen. Die Durchsuchungen vom 9. Mai im Vorfeld des G8 sowie weitere Durchsuchungen und Festnahmen wegen 129a-Verfahren fordern unsere Solidarität. Florian, Axel und Oliver sitzen in U-Haft.
Wir stricken an überregionalen Projekten wie Euromayday-Vorbereitungen, Nato-Sicherheitskonferenz in München, Antirepressions-Demonstrationen, Freiraumkämpfe, der Kampagne gegen den Europäischen Polizeikongress in Berlin oder eine bundesweite, antirassistische Demonstration am 5. Juli.

Aktionistisches Campen fehlt nicht: Erste Vorbereitungstreffen für ein "Klima-Camp" haben bereits stattgefunden. Nach dem G8 fanden einige die linke Leerstelle im Bereich Umwelt und Klima fatal, auch Teile der Anti-Atom-Bewegung haben diesen Impuls aufgenommen und hoffen auf eine neue linksradikale Umweltbewegung. Zu diesen Planer_innen wollen sich andere Bewegungen gesellen, u.a. aus dem Bereich Antirasssismus, Migration und Globale Landwirtschaft. Die Idee ist, statt in mehreren kleinen Projekten zu verharren, sich wieder zusammen zu tun und es im Sommer krachen zu lassen. Denn irgendwie gehört alles zusammen: Migration und Umweltzerstörung, der Raub von Rohstoffen und Kriege, schlechte Arbeitsbedingen und ungerechte Verteilung, Vertreibung und Zerstörung dezentraler Landwirtschaft im globalen Süden und die neue Armut in den Metropolen. Linksradikale Politik zu Klima kann nicht themenverengt arbeiten, denn ohne antikapitalistische Ansätze und die Verflechtung mit der Sozialen Frage (Migration, Eigentum, Gerechtigkeit, Verteilung) wäre eine Klimabetrachtung reaktionär.
Inhaltliche Bezugnahmen sind "hip", nicht erst seit dem tripple-oppression-Papier und der CrossOver-Konferenz 1999 in Bremen, sondern das "ganz andere Ganze" ist eben nur möglich, wenn Veränderung zusammen gedacht wird.

Neben den verschieden Teilbereichsbewegungen gibt es dann ja auch noch den Blick über den Tellerrand. In unterschiedlichen Projekten werden Kooperationen über die radikale Linke hinaus gesucht, mal mehr und mal weniger erfolgreich. No Lager hat mit der punktuellen Kooperation mit dem Komitee für Grundrechte und Demokratie antirassistische Proteste gegen das Lager in Bramsche gestärkt. Bei der Demo "Freiheit statt Angst" gegen den Sicherheitswahn in Berlin hat das Bündnis mehr schlecht als recht gegriffen. 400 radikale Linke haben sich erfolgreich Vorkontrollen widersetzt, das gab`s schon länger nicht mehr. Einige Bündnispartner zeigten dafür wenig Verständnis.
Bei den G8 Protesten hatten die Kooperationen Für und Wider, einige hatten als abschreckendes Beispiel des G8 1999 in Köln noch vor Augen, wo nach viel Streit und Spaltung eine linksradikale 4000-Leute-Latsch-Demo der Höhepunkt der Proteste sein sollte. In Bezug darauf haben wir in Heiligendamm einiges mehr hingekriegt und das hat sicher auch mit der breiten Koordinierung zu tun. Spaltungsthema Nr. 1





war wieder die sogenannte Gewaltfrage. Dass die Akzeptanz verschiedener Aktionsformen zwar von vielen immer wieder beteuert wurde, ändert nichts daran, dass sich distanziert wird, wenn es rummst. Die, die sich öffentlich distanzieren übersehen, dass sie ihre Kooperationspartner_innen damit zum Weghaften und Knüppeln freigeben. Ob die Debatte um verschiedene Aktionsformen solidarisch und kritisch geführt wird oder ob nach Denunziation gerufen wird, ist Dreh- und Angelpunkt. An dieser Scheidelinie zeigt sich, in wie weit solidarische Politik gemeinsam möglich ist. Für Heiligendamm, kann hervorgehoben werden, hat die Kooperation trotz heftigsten Streits bis zum Schluss gehalten.

Bei einigen rührt sich der Wunsch, das was in Heiligendamm an Energie und Dynamik bei den Blockaden möglich war, was in den Camps an Austausch und Kollektivität entstanden ist, nicht ins Poesiealbum der Widerstanderfahrungen ablegen zu wollen. Nach dem G8 hatten viele ihre Auswertungstreffen, manche Zusammenschlüsse wurden nach einer letzten Zusammenkunft abgewickelt. Der (Hannoveraner) G8-Koordinierungskreis, dissent, Block G8 und viele AGs lösten sich auf.

Kann das alles sein?
Wo packen wir die Erfahrungen hin, die wir gesammelt haben?
Wo fließen die Bilanzen und Schlüsse ein, die wir gezogen haben?
Kann es eine Kontinuität des Bezugs geben? Des Bezugs unterschiedlicher Spektren und Themenschwerpunkte aufeinander?

Wir finden es wertvoll diesen Gedankensträngen einen Ort zu geben und haben uns deswegen entschieden, an der Idee der "Perspektiventage - Wie weiter nach Heiligendamm?" mitzuarbeiten. Uns gefiel an dem Vorschlag der Camp-AG neben der Perspektive auch und gerade, eine strategische Bestimmung zu versuchen. Dies beinhaltet eine Standortbestimmung auf der Folie der Kämpfe der letzten Jahre. Analyse und Strategie umfasst immer auch das Spannungsfeld überregionaler Klammmern und der Bezug zum eigenen Alltag, zum eigenen Leben. Übergreifende, globale Forderungen müssen sich rückkoppeln in Alltagskämpfe, die wiederum durch den Bezug auf andere Kämpfe an Wahrnehmbarkeit und emanzipativem Crossover gewinnnen. Teilbereichsbewegungen, die sich nicht aufeinanderbeziehen und die keine Räume schaffen, Widersprüche auszudiskutieren, laufen Gefahr, die Freiheit der einen auf der Unfreiheit der anderen aufzubauen. Dass wir Kämpfe international denken müssen, ist schon lange im Bewusstsein der radikalen Linken verankert; dass Unterdrückung strukturell ist ebenso.

Dass Unterdrückung ganz unterschiedliche Ausprägungen hat, die sich in ganz verschiedenen Herrschaftsstrukturen manifestieren, ist immer wieder umkämpft. Bei einem gleichwertigen Bezug der verschiedenen Kämpfe sind wir noch nicht angekommen. Dass alles mit allem zu tun hat, scheint diffus klar, doch hier fehlt es immmens an Ausformulierungen und konkreter Praxis. In Zeiten des Neoliberalismus, wo der alte postfordistische weiße, männliche Klassenkompromiss ins Wanken gerät, sind auch die, die ihm oppositionell, widerständig entgegenstanden, aufgeschüttelt. Die identitären Kollektivsubjekte der Arbeiter_innen, Student_innen, Migrant_innen/Flüchtlinge und Frauen/Lesben sind im Prozess sich neu zu verorten. Die großen Fragen von: Wie stellen wir uns Veränderung eigentlich vor? Und wie wollen wir leben? werden immer noch selten zusammmen gedacht. Ebenso zeigt sich eine Leerstelle im Bezug unterschiedlicher Kämpfe aufeinander. In Heiligendamm war oft von Bewegung der Bewegungen die Rede. Sehen wir in solch einem Ansatz ein Stärkung und einen emanzipativen Gewinn? Wie könnte er sich ausformulieren und in Praxis übersetzen?

Das sind Fragen, die wir gerne von linksradikaler Seite mit einem spektrenübergreifenden Bezug beantworten wollen. Wobei wir das Antworten-finden als einen permanenten Prozess begreifen, der in den Perspektiventagen einen Ort haben kann.
Auf eine spannende Debatte!

- six hills -

Perspektiventage: Wie weiter nach Heiligendamm?

vom 17. bis 20. Januar 08 in Berlin

Infos//Ideen//Ablauf// Mitmachen: www.perspektiventage.de

h.a.p. - weil wir mehr wollen!

Diskutierbares Diskussionspapier zum "hamburgweiten autonomen plenum"

Anfang August gab es einen Aufruf zum "hamburgweiten autonomen plenum". Darin hieß es: "weil wir mehr wollen: Lautwerden, gehört werden, entschlossen sein" außerdem wünschten sich die Initiator_innen: "den Status-Quo" durcheinander zu bringen und der Repression entgegen zu treten. Ziel des Plenums sollte laut Flyer sein, auf die Erfahrungen aus Heiligendamm aufzubauen und gemeinsame Strategien zu entwickeln, "die nicht nur den Verlauf linksradikaler Demos in Hamburg umkrempeln".

Dieser relativ umfassende Anspruch an einer Perspektivdiskussion um linksradikale Politik in Hamburg weckte das Interesse von circa 80 Menschen. Darunter viele jüngere Leute und wenige aus Gruppenzusammenhängen. Die Zusammensetzung bestimmte den Diskussionsverlauf: Es ging um die Frage, ob es sinnvoll sei, eine Demo vor der Flora starten zu lassen oder nicht, um die Vernetzung für (zurzeit) Unorganisierte und um die Möglichkeiten sich der Anti-§129a-Solidaritätsbewegung anzuschließen. Bei letzterem wurden jedoch nur die Bündnisse aufgezählt, an denen sich die meisten der Anwesenden, die den Wunsch nach Vernetzung äußerten, doch nicht anschließen können, eben weil sie keine Gruppe haben. Nicht zuletzt wegen des hohen Interesses an einer stadtübergreifenden Vernetzung wurde vereinbart, ein weiteres Treffen mit den Themenschwerpunkten Solidarität, Plan B und den Umgang mit Wanderkesseln einzuberufen.

Ende September fand dann das "2. h.a.p." statt. Leider wurde dazu noch kurzfristiger eingeladen als zum vorhergehenden. Das mag ein Grund gewesen sein, warum trotz vorhergehender Interessensbekundung nur noch 30 Menschen kamen. Dafür waren viele neu dabei. Die Diskussion verlief sprunghaft und blieb unkonkret, aber es zeigten sich auch gemeinsame Linien ab, z.B. die Unzufriedenheit mit den Wanderkesseln und die Frage nach anderen Demonstrationsformen. Etwas, was unabhängig von dem Plenum aus anderer Ecke wenig später als "Out of Control" konkretisiert wurde.

Grundsätzlich haben die beiden Plenas die Notwendigkeit von einem Ort der gemeinsamen Diskussion und des politischen Austausches verdeutlicht. Nicht nur für "jüngere" oder "zurzeit-nichtorganisierte", auch für jene, die seit Jahren in den unterschiedlichen Zusammenhängen der radikalen Linken politisch arbeiten, bietet sich hier die Möglichkeit, Ansätze neu zu überdenken und soziale Bewegungen wieder zusammenzuführen. Ein solches Plenum kann natürlich kein Gruppenersatz sein, es kann jedoch Anknüpfungspunkte bieten, um wieder mehr und lauter zu werden.

Dennoch gab es seitdem in Hamburg keine Bemühungen, ein weiteres Plenum einzuberufen. Anders in Berlin, dort findet seit Ende der Gipfeltage regelmäßig einmal im Monat eine autonome Vollversammlungen (VV) mit kontinuierlich hoher Teilnahme von 60-70 Leuten statt, darunter überwiegend Gruppenvertreter_innen. Im Rahmen der Nachbereitung der Demo "One-Struggle-one-Fight" sowie der Freiraumkampagne nutzten sogar 140 Leute den Raum zur Diskussion. Viele Teilnehmer_innnen sind sehr begeistert, das Plenum gäbe einen guten inhaltlichen und organisatorischen Überblick, was gerade für Aktivitäten in Berlin stattfänden. Die VV dient zum einen als Diskussionsforum über autonome Spielregeln und Verhalten, über Fehler und über Vorgehen, z.B. auf der nächsten Demo. Zum anderen findet dort ein Infoaustausch darüber statt, welche Gruppe an welchen Themen arbeitet. Bei jedem Treffen werden Themenschwerpunkte für das darauf folgende Mal festgelegt.
Nun sind auch 140 Leute für eine politische Szene in Berlin nicht gerade üppig, aber in Anbetracht dessen, dass viele Delegierte darunter sind, sieht das schon anders aus.

Es bleibt Mutmaßung, wieso die Beteiligung in Hamburg relativ schnell nachließ und warum sich die organisierten Gruppen so rar machten.
Vielleicht hängt es mit dem Begriff "autonom" zusammen, den nur noch wenige mit anderem in Verbindung bringen als schwarzen Klamotten, geschweige denn mit Inhalt füllen können.

Zuweilen entsteht gar der Eindruck, es bestünde in Hamburg kein Diskussionsbedarf bezüglich gemeinschaftlichen Interventionen. Das würde auch die bisher ausbleibenden Reaktionen auf den Text "In Gefahr und höchster Not bringt der Mittelweg den Tod" (vgl. zeck 139) erklären, in dem linksradikale Mobilisierung und Konzepte im Zusammenhang mit dem G8-Gipfel betrachtet und schlussendlich Fragen zur Stärkung der radikalen Linken, zur kritischen Masse und zur kontinuierlichen Vermittlung der eigenen Inhalte aufgeworfen werden. Ebenso wie in dem Flyer zum autonomen Plenum sprechen sich die Schreiber_innen gegen "ein weiter so wie bisher" aus.
Ein Grund dafür, dass das h.a.p. so schwer angelaufen ist, ist vermutlich die kurzfristige und minimale Mobilisierung. Sicherlich gibt es bei einigen Leuten auch Bedenken und Unsicherheiten, über die Perspektiven radikaler linker Politik in einem öffentlichen Raum zu diskutieren. Andere konzentrieren sich aus nachvollziehbaren Gründen auf nicht-öffentliche Vernetzungstreffen.
Wer aber vor dem Hintergrund der derzeitigen desolaten Lage der Linken in Hamburg, vor dem Hintergrund der Ausdruckslosigkeit auf Demos ernsthaft fragt, "Wozu ein autonomes bzw. linksradikales Plenum?", der/die muss sich selbst fragen lassen, wozu er/sie linksradikale Politik macht.

Während der Vorbereitung zur Antirepressions-Demo am 15.12. zeigte sich ein großes Interesse an einer Fortführung der darin gelaufenen Kommunikation.
Wir denken nach wie vor, dass ein regelmäßig stattfindendes autonomes Plenum den geeigneten Raum für diese Kommunikation abgibt. Denn Kontinuitäten entstehen zu lassen, Möglichkeiten der Partizipation zu schaffen und dadurch unsere Strukturen zu stärken, heißt weiter zu denken und zu arbeiten und nicht nur im Rahmen zeitbegrenzter Projekte zusammen zu kommen.

Um also Räume zu öffnen, Diskussionen neu oder erneut oder anders zu führen, Strategien jenseits einer "Szenepolitik" zu entwickeln und eine kollektive Handlungsfähigkeit zu schaffen, ist es wünschenswert, dass bei der öffentlichen Demo-Nachbereitung im Januar bzw. im Anschluss daran die Idee eines linksradikalen Plenums erneut aufgegriffen wird.

von Leuten aus den
Vorbereitungsgruppen der zwei h.a.p.

Militante Praxis

Militante Praxis drückt eine politische Haltung aus: Unversöhnlichkeit, Unvereinbarkeit mit herrschenden Verhältnissen. Wir wollen kein anderes, besseres Leben nach den gegenwärtigen Spielregeln. Wir wollen ein anderes, besseres Leben! Auf dem Weg dahin verlieren wir unsere Ziele nicht aus den Augen: Herrschaftsfreiheit, Solidarität weltweit, globale Gerechtigkeit, ein lebenswertes Leben für Alle. Diese sind unvereinbar mit Kapitalismus und Neoliberalismus, die auf der Ausbeutung Anderer gründen. Wir müssen sensibel sein für Dominanz, Rassismus und Sexismus auch und gerade in unseren Zusammenhängen. Gemeinsame Reflektionen in denen wir uns gegenseitig kritisieren sind ein Motor unserer Kämpfe.

Die politische Praxis, den Weg, den wir wählen, lassen wir uns nicht zensieren und reglementieren. Die Mittel diskutieren wir immer wieder neu, je nach politischer Situation und politischer Stärke. Unsere Aktionsformen sind vielfältig. Sie umfassen zivilen Ungehorsam, Demonstrationen, Blockaden, Sabotage sowie symbolische und Direkte Aktion. Mal sind es Clowns, die die Polizei verwirren damit eine Absperrung umgangen werden kann. Mal ist es ein schwarzer Block, der, durch Seitentransparente geschützt, eine Polizeisperre durchbricht und damit eine Demoroute wählt die verboten wurde. Mal ist es das Plündern eines H&M-Ladens, mit dem Umverteilung praktisch demonstriert wird. Mal sind es Superhelden, die Delikatessen kollektivieren. Mal sind es brennende Gegenstände in Städten, in denen die G8 tagen. Mal praktischer Antimilitarismus, der Kriegsmaterial zerstört. Mal sind es Blockaden, die Abschiebungen verhindern, Baustellen von Luxushotels, Kraftwerken oder Atomanlagen behindern, Castoren stoppen oder besetzte Häuser vor Räumung schützen. Mal sind es symbolische Angriffe, wie Farbeier-, Torten- und Joghurtwürfe oder zugeklebte Schlösser, mal abgebrannte Autos. Mal sind es Genfelder, die unschädlich gemacht werden. Mal sind es Luxusautos deren Reifen aus praktischem Umweltschutz geplättet werden.

Militante Praxis ist anschlußfähig. Bei Plünderungen machen Dritte begeistert mit. Abschiebungen von geliebten, bekannten Menschen animieren NachbarInnen und KlassenkameradInnen zum Blockieren. Wer es wagt, Grenzen zu übertreten, Regeln zu brechen, entdeckt eine Erweiterung der eigenen Kraft. Der Horizont endet nicht mehr beim Fahrkartenkontrolleur. Militante Praxis vermittelt die Erfahrung dass wir Viele sind und Kontrolle verweigern können. Dadurch wird erfahrbar, dass Grenzen nicht da enden wo ein Gesetzgeber sie festlegt. Grenzen können erweitert und selbst bestimmt werden.

Im Folgenden formulieren wir einige Maxime, die uns für eine Militante Praxis wichtig erscheinen. Das Beschreiben einer gemeinsamen Ebene von Militanz oder Handlungsgrundsätzen kann Spielräume verengen statt erweitern. Aber uns ist eine gemeinsame Reflektion und Debatte um Militanz wichtig. Der Bezugsraum für diese ?gemeinsame Ebene der Militanz? ist hier der europäische Raum. Kritik an Militanter Praxis wird zu oft mit Abwehrargumentationen begegnet. Wir wollen der Kritik nicht ausweichen indem wir Militanz zur strukturellen Gewalt ins Verhältnis setzen (?Was sind schon ein paar Steine gegen die hungernden Kinder in Afrika??). Wir wollen Militante Praxis nicht mit der Reaktion auf staatliche Provokationen oder Übergriffe begründen (?Die haben aber angefangen!?). Militante Praxis ist mehr als Sachschaden anrichten oder Steine werfen! Deswegen noch einmal ausdrücklich: Es geht auch, aber nicht per se um Steine werfen, sondern darum, gesellschaftlich vorgeg ebene Spielregeln für politische Opposition bewußt zu brechen. Es geht darum eine unvereinbare Haltung gegenüber dem herrschenden System einzunehmen, sowie durch das eigene Handeln den Auswirkungen dieses Systems direkt entgegenzuwirken.

1. Militante Praxis bedarf hoher Verantwortung. Menschen unterlaufen Fehler und Irrtümer. Militante Praxis muß mit Achtsamkeit geplant und ausgeübt werden.

2. Militante Praxis ist nur horizontal denkbar. Vertikale Organisierung lehnen wir ab. Unser Bezugsrahmen hierfür ist, wie gesagt, der europäische Raum. Unter anderen Rahmenbedingungen muß sich Widerstand unter Umständen militärisch organisieren.

3. Den Aktionen und Planungen anderer linker politischer AkteurInnen begegnen wir mit Respekt. Mit Respekt ist ein nicht-instrumentelles Verhältnis zu Anderen gemeint. Aktionen Anderer sollen nicht für Militante Praxis vereinnahmt werden Z.B. muss in einer Bündnisdemonstration vorsichtig abgewogen werden, welche Auswirkungen eine Aktion auf des Gesamtgeschehen hat. Dies bedeutet nicht, dass daraus der Umkehrschluss aufgemacht wird, Militante Praxis sei abzulehnen und zu vermeiden, wo Planungen anderer berührt würden.

4. Auch wenn zum Geheimrezept von Massenmilitanz Spontaneität und Impulsivität gehören, läßt sie sich planen und führt so zu größerem Erfolg. Dies wird sich leider immer seltener zu Eigen gemacht. Situationen und Aktionen, in denen in größerem Rahmen militante Demonstrationen und Aktionen geplant wurden, zeigen dass dies gelingen kann. Ziele können besprochen und abgestimmt, Handlungsoptionen diskutiert werden. Damit können ein bessseres Ergebnis, weniger Verhaftungen und weniger kritikwürdige Begleiteffekte erzielt werden. Für schnelles Entscheiden und Handeln existieren effektive Möglichkeiten der Kommunikation wie z.B. Kleingruppenkonzepte mit Delegiertentreffen.

5. Die körperliche Unversehrtheit aller Beteiligten ist eine Grundvoraussetzung für Militante Praxis. Dazu gehört, MitaktivistInnen nicht zu verletzen; sei es durch Steinwürfe aus der 10. Reihe oder das Erzeugen hektischer und unübersichtlicher Situationen, bei denen z.B. Kinder oder langsame Menschen umgerannt werden. Genauso wichtig ist uns die körperliche Unversehrtheit Dritter. Das bedeutet etwa, keine Gebäude anzuzünden in denen sich Menschen aufhalten oder deren Brand sich auf andere Gebäude ausbreiten könnte.

6. Der körperlichen Unversehrtheit der Polizei kommt eine besondere Bedeutung zu. Wir stecken hier die Grenzen anders als bei Dritten und AktivistInnen. Denn in zunehmendem Maße stehen durch polizeiliche Auflagen gläserne DemonstrantInnen aufgerüsteten, gepanzerten und bewaffneten PolizistInnen gegenüber. Deren körperliche Unversehrtheit ist durch Steinwürfe kaum gefährdet. Manchmal werfen wir Steine und Molotowcocktails um Grenzen zu markieren und unser ?Nein? zu betonen, manchmal um die Polizei auf Distanz zu halten und zurückzudrängen. Uns ist wichtig zu betonen, dass es nicht darum geht, andere zu verletzen.

7. Ziele von Militanz sind solche, die die Herrschenden (wer auch immer das sein mag) treffen, Herrschaftsstrukturen, Zwangsräume (wie z.B. Lager, Knäste oder

Schulen) demontieren, sowie Kriegs- oder Zwangsmaterialien (Fahrzeuge, Zäune, Kameras) zerstören. Ziel kann auch das Entern einer Bühne der eigenen Bündnispartnerin sein, um einen ausgebooteten Redebeitrag durchzusetzen.

8. Der Besitz von Privatpersonen (Kleinwagen, Vorgärten, Gartenzäune) oder öffentliche Infrastruktur (Bushaltestellen, Briefkästen) sollte kein Ziel Militanter Praxis sein. Kontextbezogen sind andere Einschätzungen möglich, wie z.B. Schienen beim Castor-Transport, Innenstädte beim G8 oder das Anzünden eines Kleinwagens für eine wichtige Barrikade. In all diesen Fällen kommt es auf die Abwägung und politische Begründung an!

9. Die Motivation für Militante Praxis muß stets reflektiert werden. Unhinterfragte Massenmilitanz reproduziert hegemoniale Männlichkeit. Militante Praxis darf kein identitäres Ritual sein.

10. Die Kriminalisierung Militanter Praxis erschwert die Debatte. Wir wünschen uns eine Auseinandersetzung, an der viele Gruppen und Einzelpersonen teilnehmen. Trotz Repression lassen wir uns den Mund nicht verbieten. Was nicht öffentlich gesagt werden kann, muß, wie dieser anonyme Text, über andere Wege diskutiert werden. Der Repression und Kriminalisierung Militanter Praxis treten wir politisch entgegen.

11. Militanz schafft Erregungskorridore. Deutungsversuche Militanter Praxis, insbesondere der Massenmilitanz, werden zu oft kommerziellen Medien, staatlichen Autoritäten und Nichtregierungsorganisationen überlassen. Wir müssen uns diese Deutung wieder aneignen und unsere Argumente verstärkt in den Diskurs einbringen.
Mehr Aufmerksamkeit für linksradikale Politik!

Rassistischer Übergriff auf kurdischen Asylbewerber in Boizenburg

Am Sonntag, den 25.11.07 kurz nach 21 Uhr wurde nahe vom Bahnhof Boizenburg /Elbe ein kurdischer Asylbewerber aus der Türkei auf offener Straße von Rassisten misshandelt. Aggressiv fragte ihn jemand aus einer Gruppe, die vor dem Bahnhof stand, ob er Ausländer sei. Als er bejahte, schlugen fünf Männer mit Fäusten, Flaschen und Bierdosen auf ihn ein. Der blutende Mann versuchte, sich in einen Kiosk in der Nähe vom Bahnhof zu retten. Die Frau, die dort arbeitete, hatte ihn vor dem Übergriff laut gefragt, ob er Ausländer sei. Darauf hatte er nicht geantwortet. Jetzt, wo er sich vor den prügelnden Rassisten retten wolllte, verwehrte ihm die Frau Hilfe im Kiosk. Dieser Vorgang animierte noch mehr von den ausländerfeindlichen Schlägern, auf den Kurden einzuprügeln. Ungefähr 20 Rassisten misshandelten ihn, ohne dass irgendjemand zur Hilfe kam. Schließlich gelang es ihm zu fliehen.
Im Lager Horst, wo der Asylbewerber leben muss, rief ein Freund einen Arzt. Dieser überwies ihn nach der Notversorgung ins Krankenhaus nach Hagenow, wo er drei Tage wegen Gehirnerschütterung und Prellungen, vor allem des Brustkorbs, behandelt wurde. Auch eine Woche nach dem Überfall leidet der Mann an Schmerzen und muss weiter Medikamente nehmen. Eine psychiatrische Behandlung wegen des Traumas verweigert die Lagerärztin.

Obwohl die Polizei wegen der Heimreise von Hansa Rostock Fans vom Spiel in Hamburg vor Ort war, musste der Misshandelte nach seinem Krankenhausaufenthalt selber Anzeige erstatten. Der Staatschutz übernahm die Ermittlungen und bestellte den Kurden nach Schwerin, wo er aus einer Sammlung von 560 Fotos Täter identifizieren sollte. Er ist sich sicher, dass er fünf oder sechs der Täter wiedererkennen würde, aber nicht aus einer solchen Menge von Porträtaufnahmen.
Als Antwort auf den Angriff fand am 22.12. in Boizenburg eine Demo gegen rassistische Gewalt mit ca. 500 Teilnehmenden statt.

Unterstützend für die ortsansässige Gruppe Courage und andere Boizenburger Bürger_innen hatten antirassistische, demokratische, linke und antifaschistische Gruppen aus Hamburg und anderen Teilen Norddeutschlands zu dieser Demonstration aufgerufen. Noch am Mittwoch zuvor versuchten rechtsextreme Demagogen (u.a. der NPD-Fraktionsvorsitzende im Schweriner Landtag) eine Diskussionsveranstaltung in der Boizenburger Marienkirche für ihre ausländerfeindliche Hetze zu missbrauchen, bis der Pastor von seinem Hausrecht Gebrauch machte. Aufgrund dieses Vorgehens der Rechtsextremen sahen sich die Veranstalter gezwungen, den Weg durch die Stadt als eine geschlossene und geschützte Demonstration durchzuführen, die für Nazis oder ihre Angriffe keinen Platz bot. Die Organisator_innen der Demonstration machten von Beginn an klar:
Faschismus ist keine Meinung. Faschismus ist ein Verbrechen.

Für den von rassistischen Gewalttätern brutal zusammen geprügelten C. ist "der Angriff gegen mich ein Angriff gegen die in Deutschland lebenden Menschen nichtdeutscher Herkunft." Er freute sich über die machtvolle Demonstration, weil sie ihm - jedenfalls für den Moment - ein Stück Sicherheit zurückgibt, was den Flüchtlingen in Boizenburg oft genug fehlt: die Sicherheit sich ungefährdet und frei bewegen zu können.

Viele Flüchtlinge, die im Lager in Horst leben müssen, machen immer wieder die Erfahrung rassistischer Angriffe in Boizenburg und Umgebung. Um gewalttätigen Übergriffen zu entgehen, vermeiden es viele, in der Dunkelheit das Lager zu verlassen. Ein Lagersystem, das Flüchtlinge in abgelegene Orte aussondert, fördert die rassistische Grundstimmung in einem Land, das schutzsuchende Migrant_innen als Belastung definiert. Der strukturelle Rassismus wird z.B. in der menschenverachtenden Politik deutlich, die es den Flüchtlingen verbietet, den Landkreis, dem sie zugewiesen wurden, zu verlassen (Residenzpflicht). Das führt in Horst ganz konkret dazu, dass die Flüchtlinge nicht nach Lauenburg gehen dürfen, obwohl dies näher ist und sich viele dort sicherer fühlen als in Boizenburg. Stoppen wir die rassistischen Übergriffe!

- Weg mit dem Lagersystem und der rassistischen Residenzpflicht!

- Schluss mit dem Wegschauen: Mischt Euch ein und tretet den rassistischen GewalttäterInnen entgegen!

- Offene Grenzen und gleiche Rechte für Alle!

(aus Berrichten bei Indymedia)

Dokumentation:

Es gibt zuviele Bundeswehrfahrzeuge

Erklärung zum Brandanschlag auf dem Gelände der Hochschule der Bundeswehr in Hamburg am 12.12.2007

Mit unserer Aktion reagieren wir auf die §129 und §129a Verfahren der Bundesanwaltschaft (BAW) vom Mai, Juni und Juli 2007 gegen insgesamt 36 Beschuldigte aus der radikalen Linken.
Dies ist unser Mobilisierungsbeitrag für die Antirepressionsdemo am 15.12.2007 in Hamburg.
Wir feiern mit dieser Aktion die Aussetzung der Haftbefehle gegen drei Genossen, denen der Versuch vorgeworfen wird, drei LKWs der Bundeswehr mit Brandsätzen auszumustern.

§129(a) Verfahren gegen radikale Linke und die Antirepressionsdemo:

Im Mai diesen Jahres hat die BAW Hausdurchsuchungen bei über 20 GenossInnen aus der radikalen Linken durchgeführt und Arbeitsmaterial beschlagnahmt. Diesem Überfall waren monatelange Observationen und Lauschangriffe vorausgegangen. Das Ziel der Staatsschutzbehörden war, Verantwortliche für zahlreiche Brandanschläge aus der militanten Kampagne gegen das G8 Treffen 2007 in Heiligendamm zu finden, Zusammenhänge der radikalen Linken auszuforschen, zu kriminalisieren und einzuschüchtern und in der Öffentlichkeit Handlungsfähigkeit zu demonstrieren.
Das gleiche gilt für die Durchsuchungen im zweiten §129a Verfahren gegen 11 Beschuldigte aus der radikalen Linken, denen vorgeworfen wird, Brandanschläge gegen Bundeswehrfahrzeuge und Rüstungsfirmen in Norddeutschland organisiert zu haben. Sie wurden im Juni mit Hausdurchsuchungen und Vorladungen überzogen. Bei keinem der Betroffenen dieser Ermittlungen konnte irgendein Tatverdacht ansatzweise erhärtet werden. Im Juli wurden dann zunächst Florian, Oliver und Axel aus Berlin unmittelbar nach dem Versuch, 3 Bundeswehr-LKWs auszumustern, verhaftet. Ihnen wird zusätzlich, genauso wie 4 weiteren Beschuldigten, vorgeworfen, Mitglieder der "militanten gruppe" (mg) zu sein, die sich seit 2001 zu diversen Brandanschlägen bekannt hat. Der von der BAW zugrundegelegte Tatbestand der "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" wurde allerdings inzwischen vom Bundesgerichtshof verworfen und alle bestehenden Haftbefehle deshalb ausgesetzt.
Die Ermittlungsverfahren laufen in allen Fällen aber weiter. Insgesamt bedeuten diese Verfahren den massivsten Angriff des Staates gegen linksradikale Strukturen und militante Politik seit über 10 Jahren.
Eine angemessene Antwort darauf kann nur sein, dass wir uns nicht einschüchtern lassen und alle Betroffenen mit unserer praktischen Solidarität unterstützen. Das heißt für uns konkret:
- die Intention der kriminalisierten Aktionen und die Strategie militanter linksradikaler Politik offensiv zu vermitteln
- die Berechtigung von Militanz und Sabotage als politischem Mittel gegen Imperialismus und Krieg und für eine Befreiung von kapitalistischer Verwertung zu verteidigen
- und die Repression von Bullen und Justiz durch die Fortsetzung militanter Aktionen zu unterlaufen.

In diesem Sinne ist unsere Aktion auch ein Beitrag für eine möglichst kämpferische Demonstration am 15.12.07 in Hamburg.

Die Hochschule der Bundeswehr in Hamburg:

Die Gründung der Hochschule der Bundeswehr geht zurück auf eine Initiative des Ex-Wehrmachtsleutnants Helmut Schmidt, dem ersten sozialdemokratischen Kriegsminister nach dem 2.Weltkrieg. Die Gründung war Bestandteil einer Bundeswehrreform, die von der damaligen Großen Koalition in Angriff genommen wurde.
Die Hochschule der Bundeswehr ist seitdem militärische Ausbildungsstätte für Zeit- und Berufsoffiziere. Sie ist darüber hinaus auch eine militärische Einrichtung für Kriegsforschung. Hier werden strategische Planspiele entwickelt und die Effektivität von Besatzungsregimen und Aufstandsbekämpfungsmaßnahmen erforscht. Hier werden die taktischen Möglichkeiten neuer Waffentechnologien simuliert, die sozialen, politischen und militärischen Auswirkungen veränderter globaler und regionaler Machtkonstellationen untersucht und für die militärischen Konzeptionen von Bundeswehr und NATO nutzbar gemacht.
Hier wird zwar nicht das Kanonenfutter abgerichtet, hier werden aber die Strategen, Administratoren und Kommandeure für staatliches Morden gezüchtet. Neben der Blankeneser Führungsakademie ist die Hochschule der Bundeswehr eine der letzten verbliebenen Einrichtungen der deutschen Armee in Hamburg.

Besonders mit Blick auf einen der Beschuldigten im Verfahren gegen die "militante gruppe", dem vorgeworfen wird, sich als Wissenschaftler mit den von der "mg" bearbeiteten Themen beschäftigt zu haben, fanden wir die Hochschule der Bundeswehr als Terrain solidarischen Handelns sehr treffend. Auch bei der Auswahl der konkreten Transportmittel unserer politischen Intention fiel uns die Entscheidung nicht schwer. Angelehnt an ein Motto der bisherigen Solidaritätsarbeit und in Reminiszenz an die kriminalisierten Aktionen der drei Verfahren, schien uns ein chirurgischer Eingriff im Fuhrpark mit einem Brandsatz der Serie "Truppentransportertod" sehr angemessen.
Trotzdem: Es gibt immer noch viel zu viele Bundeswehr-Fahrzeuge!
Wir widmen diese Aktion allen Betroffenen der aktuellen Verfahren, wollen unserer besonderen Freude über die Aussetzung der Haftbefehle gegen Florian, Oliver und Axel Ausdruck geben und hoffen auf zahlreiche Nachahmung.
Für uns ist der militant geführte Kampf gegen Armee und Krieg ein Teil im Kampf für eine allgemeine Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung und für eine Welt ohne Krieg und Erniedrigung.

KOMMT ZUR ANTIREPRESSIONSDEMO AM 15.12.07 IN HAMBURG!

gruppe militante konversion



Dokumentation:

Beteiligt Euch an der bundesweiten Antirepressionsdemo in Hamburg am 15.12.2007!

Heute morgen haben die Bullen mal nicht an einer unserer Wohnungstüren geklingelt - oder sie gleich eingetreten. Heute morgen haben wir mit Lackfarbe gefüllte Flaschen an die Wand des Wohnhauses von Heino Vahldieck, Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz Hamburg, Schrötteringksweg 11, geschleudert.
Der Verfassungsschutz (VS) versorgt die Länder- und Bundespolizeibehörden mit Dossiers- und Analysen über linksradikale Strukturen. Er bedient sich dabei nachrichtendienstlicher Techniken und setzt auch Spitzel auf "die Szene" an. Obwohl nach der Zerschlagung Nazideutschlands eine strikte Trennung der Arbeit von Polizei und Geheimdiensten vorgesehen war, schiebt der VS mit seinen vermeintlichen Erkenntnissen Ermittlungsverfahren an. So geschehen z.B. bei dem .129a-Verfahren gegen die militante Kampagne gegen den letzten G8-Gipfel. Die VerfassungsschützerInnen versuchen die Arbeit des Bundeskriminalamtes (BKA) zu unterstützen, indem sie TäterInnenprofile zu Aktionen liefern (wer könnnte hinter welcher militanten Geschichte stecken).
Der aktuelle Angriff der Staatsschutzbehörden mit drei massiven 129a-Verfahren (ein Verfahren läuft nach Entscheidung des Bundesgerichtshofes nicht mehr nach 129a, sondern "nur" noch nach 129), jahrelanger Ausforschung linker Szenen, vorübergehender Einknastung von mehreren Genossen soll signalisieren: Militante Praxis lohne sich nicht, bzw. der zu zahlende Preis sei zu hoch. Langjährige Haftstrafen drohen, das Leben von hunderten GenossslInnen wurde systematisch von Kameras, Mikrofonen sowie den Augen und Ohren der Staatsschutzagenten ausgespäht und erfasst. Die Schläge von Bundesanwaltschaft und BKA wollen in erster Linie Strukturen treffen, hinter denen sie verdeckt organisierte Gruppen mit kontinuierlicher Aktivität vermuten, z.B. die Militante Gruppe (MG) und Gruppen, die die militante Kampagne durchgeführt haben ...
Die Zurückweisung des Staatsschutzangriffs muss auch eine offensive Verteidigung der angegriffenen Inhalte und Praktiken beinhalten, denn es ist ihr Ziel diese zu beenden.
Dass es richtig ist, Militante Praxis zu entwickeln gegen deutschen Militarismus, gegen Rassismus, Imperialismus und Patriarchat, muss immer wieder lautstark propagiert werden.
Die Aktionen in Berlin gegen DHL, Allianz, Überwachungskameras, Wagensportliga, die vermehrten Angriffe auf das Wasserturmhotel in Hamburg, die Aktion gegen den frisch ernannten Arbeitsminister Scholz zeigen, dass trotz hohem Repressionsdrucks einiges möglich ist und der Kampf weitergeht. Damit das zarte Pflänzchen Militanz weiter gedeihen möge, haben auch wir den Arsch hochgekriegt und sind zur Tat geschritten. (Sorry Heino, dass wir deinen gut gemeinten Rat vom Frühjahr, die Militanten mögen in sich gehen und von ihrem "sinnlosen Tun" ablassen, nun ganz anders umgesetzt haben)
Und am 15.12. werden wir mit allen 129- und 129alerInnen, linken LandfriedensbrecherInnen..... die Stadt rocken!
Kampf dem Staatsterrorismus!

K.O.N.T.R.O.L.L.V.E.R.L.U.S.T. 9.12.2007

Dokumentation:

the party is over, olaf!

olaf scholz hat grund zum feiern. jahr für Jahr hat er als multifunktionaler lückenfüller für gehobene politposten brav gewerkelt, nun wird er belohnt und darf sich bundesarbeits- und sozialminister schimpfen. damit ihm dabei nicht gar zu warm ums herz wird, haben wir ihm an seiner altonaer adresse schillerstrasse 26 am 22.11.07 einen nächtlichen antrittsbesuch abgestattet. statt sekt und blumen haben wir steine und farbe in den präsentkorb gepackt.
scholz, der als zuständiger minister pikanterweise nur wenige häuserblöcke von der arge alte königstrasse entfernt wohnt, hat seine karriereziele mit taktischem geschick verfolgt und sich seiner partei als mann der stunde in heiklen augenblicken präsentiert. ob ihn machthunger, eitelkeit oder innere überzeugung treiben, interesssiert uns nicht. er ist nur einer von vielen, die der herrschaft von staat und kapital ein gesicht geben. aber kein einziges von diesen gesichtern gefällt uns. scholz hat in jeder rolle, in die er schon geschlüpft ist, mehr als genug unheil angerichtet. zur erinnerung seien hier einige stationen seiner karriere aufgelistet:
- als innensenator und spd bürgermeisterkandidat 2001 versuchte scholz mit hardlinerqualitäten zu punkten. er trieb die repressive und rassistische drogenpolitik von spd und gal auf die spitze und führte die brechmittelfolter ein. scholz trägt deshalb politische verantwortung für den tod von achidi john, der 2001 an den folgen eines gewaltsam durchgeführten brechmitteleinsatzes starb.
- trotz überzeugender law-and-order-vorstellung in hamburg durchgefallen, wurde scholz 2002 spd generalsekretär unter schröder. den sozialen angriff, den er zukünftig als arbeitsminister vorantreiben wird, hat er schon damals mitorganisiert, denn es war scholz, der die partei auf linie brachte und die agenda 2010 mit aus der taufe hub.
- weil es ihm zu liegen scheint, mehrheiten für herrschaftsprojekte zu organisieren, sichert scholz seit 2005 als parlamentarischer geschäftsführer der spd bundestagsfraktion den kollegInnen auf der regierungsbank den machterhalt und rückhalt. verschärfte sicherheitsgesetze wie die datenvorratsspeicherung hat er genauso durchgebracht, wie die verlängerung des isaf-mandates im oktober und vor einigen tagen das oef-mandat.
an dieser stelle wollen wir unsere solidarität mit florian, oliver und axel ausdrücken, die in berlin im knast sitzen, weil ihnen vorgeworfen wird, nachdrückliche mittel gegen die kampfeinsätze der bundeswehr gewählt zu haben, wir fordern ihre freilassung und die aller revolutionären gefangenen und hoffen auf eine kraftvolle solidaritäts- und antirepressionsdemo am 15.12. in hamburg!
für die amtszeit als arbeits- und sozialminister wünschen wir olaf scholz nichts gutes, sondern dass ihm ordentlich der wind um die ohren weht und die kämpfe gegen sozialpolitische disziplinierungs-, verelendungs- und spaltungsprojekte stärker werden. als aktuellles beispiel wollen wir den streik der lokführerInnen erwähnen, die sich von drohungen und entsolidarisierung nicht einschüchtern lassen.
den sozialen angriff zurückschlagen!
repression zurückschlagen!
freiheit für florian, oliver und axel!!

militante zelle achidi john
(am 12.12.2001 bei einem brechmi1teleinsatz ermordet)

Dokumentation:
Anschlag auf Ehrenmal in Bramfeld

Alle Jahre wieder gibt es an vielen Orten der BRD Gedenkfeiern am sogenannten Volkstrauertag. Alle Jahre wieder gibt es AntifaschistInnen und AntimilitaristInnen, die diese Gedenkfeiern stören. Auch wir haben die Nase voll von Heldenkult, NS-Verherrlichung und patriarchalen Gesellschaftsbildern. Wir fordern stattdessen das ausschließliche Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus und wenden uns gegen revisionistische, NS-verharmlosende und patriarchale Diskurse. Das Gedenkgedusel von vielen BürgerInnen, Bundeswehr und Neonazis, das Opfer und Täter gleichsetzt, kotzt uns an. Es lebt sich besser ohne dem!
Daher hat es uns gefreut, etwas Farbe in selbiges Geschehen am sogenannten Ehrenmal in Bramfeld gebracht zu haben. Wenige Tage vor dem "Volkstrauertag", an dem sich dort das Pack trifft, haben wir die Soldatenstatue pink gestrichen.

Solidarische Grüße an Axel, Florian und Oliver!

terroristische verunreinigungsgruppe "eine nasenlänge vorraus"
(auch wenn die Nase schon vorher ab war)

"Jenseits der Grenzen"
Antirassistische Informations- und Aktionsreihe in Hamburg vom 11.01. bis 07.03.2008

Rassismus in der BRD und Europa hat viele Gesichter. Er zeigt sich nicht nur in rechtsextremen bzw. neofaschistischen Bewegungen und in diskriminierender staatlicher Politik, die auf Basis ("ausländer"-)rechtlicher Instrumente Menschen aus bestimmten Teilen der Welt die Einreise in die brd bzw. EU verweigert. Selten benannt und diskutiert werden die Rassismen der "aufrechten deutschen Bürger", die "Boot-ist-voll Polemiken" deutscher Politiker_Innen, etc., die ihre rassistischen Diskurse in eigener Abgrenzung zu extrem rechten Denkmustern unkritisiert wissen.

Die Veranstaltungsreihe soll einen Überblick geben über die verschiedenen Ausprägungen und Hintergründe von Rassismus, die sich auf individueller und struktureller Ebene finden, und eine ganzheitliche Auseinandersetzung mit dem Problem in Bewegung bringen. Wir wollen aber noch einen Schritt weiter gehen und eine Vernetzung des Widerstandes gegen die unterschiedlichen Rassismen fördern. Trefft Euch bei den Veranstaltungen, lernt Euch kennen und macht was draus! Einen Anfang stellt die Vorbereitung und Umsetzung dieser Veranstaltungsreihe dar. Sie ist ein Kooperationsprojekt von 14 verschiedenen antirassistischen Gruppen und Einzelpersonen: Antilager-Gruppe, Antirassisitisches Plenum Oldenburg/Blankenburg, Antirassist_Innen an der Uni HH, A.R.K! - AntiRasssistische Kultur, Café Exil, Der braune Mob e.V., Flüchtlingsinitiative Brandenburg, Flüchtlingsrat HH, Horst AG, Karawane HH, kein mensch ist illegal HH, mujeres sin fronteras, Noah Sow, Soziale Zone e.V. Lüneburg.

Fr. 11.01.	Autonomie der Migration? 19 Uhr LIZ, anschliessend Eröffnungs-Cocktail-Party
Di. 15.01.	Ökologie von Rechts - Überblick über die Geschichte der Ökologie in rechtsintellektuellen Kreisen, 19.30 Uhr, Café Knallhart
Sa. 19.01.	Institutionalisierter Rassismus gegen Flüchtlinge und andere Migrant_Innenohne gesicherten Aufenthaltsstatus, 20.30 Uhr, Café Knallhart, ab 20 Uhr veganes Essen!
Do. 24.01.	Extremismustheorien, 19,30 Uhr, LIZ
31.01.-12.02	Filippinische Hausangestellte räumen mit Vorurteilen auf! Sisterhood und Solidarität! Foto-Ausstellung, Kölibri
Do. 31.01.	Bewegungen an den Grenzen - EU-Migrationspolitik und Widerstand in Marokko und der Ukraine,19.30 Uhr, Kölibri
Sa. 02.02.	Antirassistisches Radioballett in der Innenstadt
Mi. 06.02.	Fisch und Flucht,19.30Uhr, LIZ
Di. 12.02.	AusgeLagert - Hamburger Flüchtlinge im Lager Horst (Mecklenburg-Vorpommern),19.30Uhr, Kölibri
Sa. 16.02.	Oury Jalloh - festgenommen - gefesselt - verbrannt! Unterlassene Hilfe? ... Totschlag? ... oder Mord? 20.30Uhr Café Knallhart, ab 20 Uhr vegane Vokü!
Mi. 20.02.	"They are Blacks" - "Yes, We are!" - Alltag von Afrikaner_Innen in Deutschland Film, 3001 Kino
Sa. 23.02.	Stencil-Workshop, 10 - 18 Uhr, Café Knallhart
Mo. 25.02.	Lebensbedingungen von Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere - GleicheRechte für Alle 19.30Uhr, Rote Flora
Do. 28.02.	Alltagsrassismus-Double-Feature: Lesung und Infoveranstaltung,19.30Uhr, Café Knallhart
Mo. 03.03.	Weißsein: (k)ein Thema? 19.30Uhr, LIZ
Fr. 07.03.	Blankenburg révolté - Vortrag zum Widerstand der Bewohner_Innen des Abschiebelagers Blankenburg 18 Uhr, Rote Flora, anschliessend Antira-Soli-Konzert-Party mit Chaoze One, Lés refugiés, Surfits und weitere Bands + Drum´N´Bass im Keller + Filme zum Thema Antirassismus ab 20.30 Uhr, Rote Flora

mehr Infos auch unter:
www.nadir.org/kampagnen/jenseits-der-grenzen

Freispruch im Mittenwalder Bullenstaatsprozess

Nach Verurteilungen des Amtsgerichts Garmisch und des Landgerichts München folgte nun, nach gewonnenem Revisionsantrag vor dem OLG München, ein Freispruch durch eine andere Kammer des Landgerichts München. Die Parole "BRD Bullenstaat, wir haben Dich zum Kotzen satt!" ist, so urteilt das LG München, kein "Beschimpfen" oder "böswilliges Verächtlichmachen" der BRD gemäß §90a, dem Majestätsbeleidigungsparagraphen der BRD, SOFERN es sich um Kritik an oder Protest gegen konkrete Polizeimaßnahmen handelt. Ich habe "unwiderlegt (...) nur gegen den Einsatz der Polizeikräfte protestieren" wollen und war daher freizusprechen.

Damit ist nun eine Möglichkeit gegeben, die unzähligen Verfahren, die die Staatsanwaltschaften in Bayern wegen dieses Spruches eröffneten, zu beenden oder zu gewinnen. Bei einem weiteren ist dies bereits als direkte Folge des Urteils geschehen.

Wir freuen uns ausserordentlich, dass nach 2 Jahren und 4 Gerichtsentscheidungen endlich die Vernunft über bayrisch-deutschen Staatsfetischismus und Repressionswahn gesiegt hat. Eine Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichtes hätten wir eigentlich noch besser gefunden, aber wir wollen mal nicht meckern.
Eines hat dieser Prozess gezeigt: dass es sich lohnt, die Anstrengung zu investieren, durch alle Instanzen zu gehen, wenn mensch es mit solchen Geringfügigkeiten und Justizabsurditäten zu tun hat. Der absolute Verfolgungswille der niederen Gerichte, Bullen und Staatsanwälte wird von höheren Instanzen oftmals eingedämmt. Die Rechtssprechung des Bundesverfasssungsgerichtes ist in Bezug auf Freiheitsrechte ganz brauchbar. Das wissen dann auch die etwas klügeren Köpfe unter den Staatsuntertanen.
Dennoch ist eines ganz klar: "Wohin wir gehen, mit wem wir reden, wie wir sind, weshalb wir lachen, was wir sagen, wie wir euch finden, was wir denken, wofür wir kämpfen, wen wir hassen, was wir machen, was wir sollen, was wir müssen, was wir tun: Alles, was wir tun und lassen, geht euch überhaupt nichts an!" (Spillsbury)
Und: vor allem entscheiden wir das selber und setzen es auch durch.
Es sollte nie eine Frage der Anrufung der bürgerlichen Gerichtsbarkeit sein. Wir nennen diesen Staat und seine Schergen, so wie wir es für richtig halten, und nicht so, wie es der Staat selbst uns erlaubt. Dass wir das trotzdem tun, auch wenn es ihm nicht passt, dafür sollten wir stets aufs Neue sorgen und uns von nichts und niemandem aufhalten lassen. Wir lösen keine Bahnsteigkarte für die Revolution und wir lassen uns unsere Verachtung für Deutschland und seine Zustände nicht staatlich genehmigen. Und frei nach "divide et impera" freuen wir uns trotzdem darüber, dass eine Staatsgewalt der anderen einen Dämpfer versetzt hat. Außerdem ist es ganz nett, dass wir durch den Freispruch der Staatsmaschinerie BRD nicht auch noch Geld in den Rachen werfen müssen.

Ein Schritt zurück: Worum geht's eigentlich? Eine kurze Abhandlung des Vorgefallenen.
Alle Jahre wieder zu Pfingsten trifft sich auf einem Berg namens Hohen Brendten nahe des Touristenstädtchens Mittenwald in Oberbayern die "Selbsthilfegruppe für Kriegsverbrecher" (AK Angreifbare Traditionspflege) namens "Kameradenkreis der Gebirgsjäger der Wehrmacht" um ihrer "gefallenen Helden" zu gedenken. Seit einigen Jahren begleiten hunderte Antifaschisten dieses grauselige Spektakel mit viel Kritik, Protest und einer ZeitzeugInnenveranstaltung der Opfer und ihrer Angehörigen. Das wiederum passt weder den Kriegsverbrechern und ihren FreundInnen, der eingeborenen Bevölkerung Mittenwalds, noch dem bayrischen Staat und seinen Schergen, sind doch Politiker und Militärs aller Ränge selbst Mitglied in dieser merkwürdigen Traditionsverbrecherbande. Dass sie uns behindern und schikanieren, wo sie nur können, gehört seit eh und je mit zum Programm.
Pfingsten 2005, besonders am Samstag, fiel die bayrische Polizei hauptsächlich dadurch auf, kleinlich, schikanös und bar jeder Kenntnis des Versammlungsrechtes oder gar bestimmter Artikel des Grundgesetzes zu sein. Von politisch angemessenem Verhalten angesichts Holocaustüberlebender wollen wir gar nicht erst sprechen. Was morgens mit der Durchsuchung von Keksschachteln begann, musste abends noch durch das Stürmen eines friedlichen Konzertes gekrönt werden. Ohne jede Ankündigung und ohne jeden Anlass erstürmten die Bullen die Bühne, drehten den Strom ab und nötigten den Versammlungsleiter, das Ende der Versammlung zu verkünden. Diese Aktionen wurde gebührend mit einem schallenden "BRD, Bullenstaat, wir haben Dich zum Kotzen satt!" seitens der KonzertbesucherInnen quittiert.
Für diese angebliche "Verunglimpfung des Staates" (§90a StGB) kassierte die Polizei tags drauf einige Leute und deren Fingerabdrücke. Die Staatsanwaltschaft berechnete mir dafür 40 Tagessätze à 20 Euro. Vom Anwalt meines Vertrauens erntete ich ein ungläubiges Staunen. Deswegen angeklagt? Nunja, südlich des Weisswurstäquators werden Grundrechte wie Meinungsfreiheit eben als lästige Spinnerei irgendwelcher Radikalinskis wahrgenommen.

Exkurs: Die Festnahmeeinheit USK Dachau. Interessant ist auch, sich mal anzusehen, was das so für Bullen sind, die die Bühne erstürmt und mich festgenommen hatten. Die Geschichte beisst sich hier wie eine Katze in den Schwanz. Es handelt sich um das USK Dachau. Aufstandsbekämpfungs-Sondereinheit, 22. Hundertschaft der Bereitschaftspolizei Bayern - oder wie die das genau in ihrem militaristischen Jargon nennen. Dachau, das ist der Ort, an dem die Rote Armee der bayrischen Räterepublik 1919 einen Sieg gegen die faschistischen weißen Truppen erringen konnte. Das haben die Faschisten nie vergessen, und so errichteten sie schon am 22. März 1933, keine 2 Monate nach der Machtergreifung Hitlers, dort das aller erste KZ. Aus Rache für 1919, erzählt mensch sich in München. Die Häftlinge dieses KZs wurden bekanntlich kurz vor Kriegsende noch auf jenen Todesmarsch geschickt, der nirgendwo anders als in Mittenwald endete. Heute ist ein Teil dieses KZs eine Gedenkstätte, der Häftlingsbereich. Auch den Bereich, in dem die SS Lagerkommandatur gewohnt und gewaltet hat, gibt es noch. Darin ist seit 1965 niemand anderes untergebracht als die sechste Abteilung der bayrischen Bereitschaftspolizei und das USK Dachau. Und seitdem das USK nicht mehr grün gewandet ist, sondern schwarz (angeblich handelt es sich um ein sehr dunkles blau, weil schwarz geschichtlich so vorbelastet sei...), haben sie auch die "richtigen" Klamotten für den Ort. Und dann fahren sie nach Mittenwald, stellen sich dort auf, schwarz gekleidet und in Waffen, und beschützen die Täter von damals als Verbündete von heute, drangsalieren die Überlebenden von damals und ihre Verbündeten von heute - uns.

Mit dieser ganzen Scheisse muss endlich Schluss sein. (Und wir werden nicht aufhören bis...sie aufhört!)
Tradition ist angreifbar - 2008 wird Euer letztes Jahr! (Dieses Mal übrigens schon am 26./27. April!)
Berg frei: Nie wieder Mittenwald!
Und jetzt alle:
BRD Bullenstaat, wir haben Dich zum Kotzen satt!

Ein Ausflug über die Grenzen …
von Hamburg nach London - und zurück!

Bericht vom antirassistischen Camp aus Gatwick/London

Nach längerer Abwesenheit hat sich das NoBorder Network Großbritannien vor zwei Jahren wieder zusammengefunden und mittlerweile existieren in 8 Städten aktive NoBorder Gruppen.

Als im März bekannt wurde das neben Gatwick, dem zweitgrößten Flughafen im Ballungsraum London, ein neuer Abschiebeknast gebaut werden soll, machten die Gruppen mobil. So kam auch in Hamburg die Nachricht von dem bevorstehenden Camp an.

Beim Gatwick-Airport, der sich zwischen London und Brighton befindet, existiert mit dem "Tinsley House" bereits ein Abschiebegefängnis für 100 Personen, das geplante BrookHouse soll weitere 400 Haftplätze schaffen. Vor allem die NoBorder-Gruppen aus Brighton und London starteten eine Kampagne um den Bau zu verhindern. Den bisherigen Höhepunkt der Kampagne stelllte das NoBorderCamp vom 19.-24 September dar, das nahe Crawley stattfand, welches mit 7000 Einwohner_innen den größten Ort in der Nähe des Flughafen Gatwick darstellt.

Schon im Vorfeld versuchte die Polizei das Camp nach allen Kräften zu verhindern. Statt einer Campbesetzung, wie sie von anarchistischen Netzwerken in England gerne praktiziert werden, hatten die Organisatoren sich dazu entschieden das Campgelände legal zu mieten, um auch Menschen mit einem unsicheren Aufenthaltstatus den Besuch zu ermöglichen. Die Polizei terrorisierte den Besitzer des Geländes durch tägliche Besuche und setzte die Geschäftspartner des Landwirtes unter Druck, bis diese eine Zusammenarbeit mit dem Bauern in Zukunft aufkündigen wollten. Unter diesem ökonomischen Druck musste der Bauer sein Angebot für das Gelände zurückziehen. Daraufhin wurde ein neues Gelände angemietet das der Polizei aber erst nach Campaufbau bekannt wurde. Daraufhin beschränkten sie sich auf eine dauerhafte Präsenz vor dem Camptor, wobei sich vor allem das "Forward Intelligence Team" mit seinen Kameras hervortat.

In den 6 Tagen des Camps waren insgesamt um die 500 Leute involviert, gut die Hälfte davon über die ganzen Tage. Die Beteiligung war sehr international, darunter auch viele Aktivist_innen aus Deutschland, wohingegen die Beteiligung aus der Region London eher überschaubar blieb. Ein Grund dafür mag darin liegen, dass mit dem Climate Camp am Flughafen Heathrow und den Aktionstagen (www.dsei.org) gegen die größte Waffenmesse Europas, der DSEi in London, in den Tagen zuvor bereits viele Aktionen in der Region stattgefunden hatten und einige Aktivist_innen nach Erholung strebten.

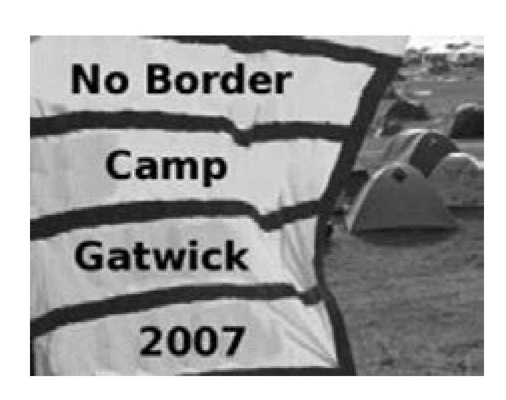
Von einander lernen

Der Campcharakter war Ausdruck der Idee, aus der das Camp gewachsen war: Ursprünglich wollte sich das Netzwerk NoBorders landesweit treffen, worauf aber so reges Interesse und somit die Idee entstand, weiter zu mobilisieren und ein internationales Camp zu machen.

Die über 20 Workshops am Donnerstag und Freitag boten dann auch auf dem Camp den Raum um Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Strategien zu entwickeln. Zum einen gab es Workshops die konkrete Kampagnen vorstellten, wie z.B. zu den illegalisierten Putzkräften der Londoner U-Bahn, den SansPapiers in Frankreich, direkte Aktionen gegen im Bau befindliche Abschiebeknäste in den Niederlanden, den Anarchists against the wall aus Israel oder Barbed Wire Britain.

Viele Workshops befassten sich mit dem Austausch von Erfahrungen der konkreten Unterstützungsarbeit von Illegalisierten und Abschiebehäftlingen. Besonders interessant war der Bericht der Frauen aus dem Crossroads-Center in London. Dieses Zentrum wird von der All Africans Women Group getragen, in der um die 30 Frauengruppen aus den verschiedensten afrikanischen sowie anderen Ländern aktiv sind. Sie verbinden die direkte Unterstützung und Integration der Flüchtlinge in ihrer Community mit dem politischen Kampf gegen die rassistischen Verhältnisse in England. Dabei können sie auf jahrzehntelange Erfahrung selbstorganisierter Arbeit zurükkgreifen.

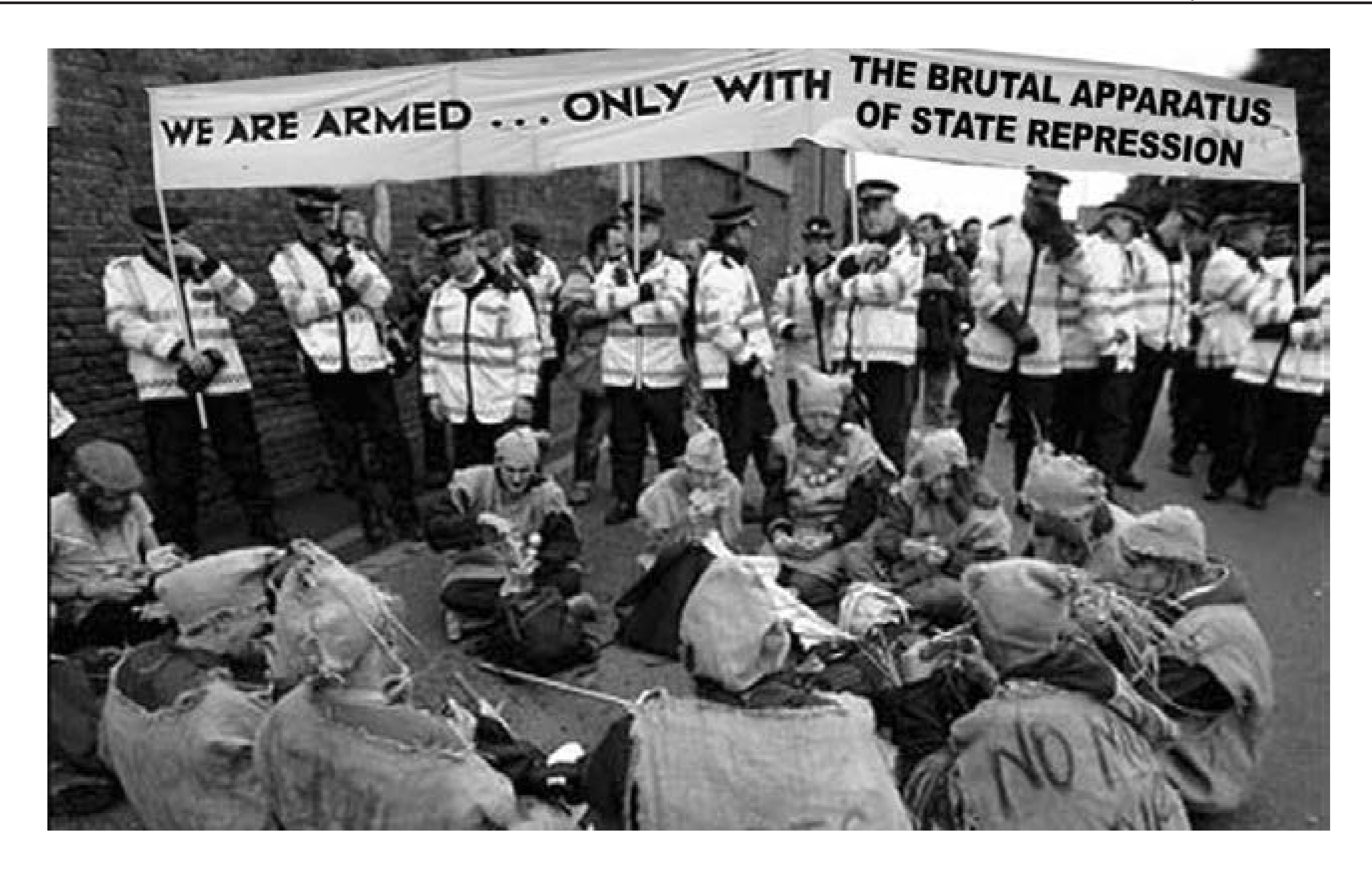
In anderen Workshops wurde von verschiedenen Kämpfen aus aller Welt berichtet. So kam neben einer Delegation aus Palästina auch jemand aus Oaxaca/Mexico und ein Indymedia-Aktivist schilderte seine Festnahme beim (illegalisierten) Übertreten der US-Grenze, aus Mexiko kommend.



Auch die unterschiedlichen Kampagnen gegen Knäste und Abschiebungen sowohl in Großbritannien als auch aus anderen Teilen Europas wurden vorgestellt.

Am Samstag fand dann noch das internationale Forum gegen Abschiebungen und Lager statt. Neben Vertreter_innen aus diversen europäischen Kampagnen kamen auch mehrere Betroffene zu Wort. So berichtete eine junge Mutter von den Zuständen in Tinsley House und über ihre schrecklichen Erfahrungen als sie ihr ungeborenes Kind in dem Abschiebeknast verloren hat. Unterstützt wurde sie von den Frauen vom Crossroads-Center. Ein Mann aus dem Iran wusste von seinem persönlichen Kampf zu berichten, wie er sich mit fortdauernden Hungerstreiks in der Abschiebehaft zur Wehr setzen konnte, und so eine Verbesserung seiner Situation errreichte. Und auch nach seiner Entlassung aus der Abschiebehaft versucht er den Flüchtlingen Mut zu machen, und sie für den Kampf für ihre Rechte zu motivieren.

Der Austausch der verschiedenen Kampagnen gegen Abschiebungen und Lager war der zentrale Punkt des Camps. Auf der Suche nach Inspiration für den eigenen Kampf gegen das Abschiebelager in Gatwick wurden verschiedene Gruppen eingeladen. Neben den Erfahrungen sollte natürlich auch die Zusammenarbeit gegen das europäische System der Abschottung und des immer mehr zusammenwachsenden Grenz- und Abschiebesystems vorangetrieben werden. Das Prinzip der Abschiebelager etabliert sich in Europa flächendeckend. Höchste Zeit also den Widerstand gemeinsam zu entwickeln.



Der Austausch auf internationaler Ebene schien für viele der Anwesenden inspirierend zu wirken.

Action speaks louder than words? - nicht immer!

Für rein erlebnisorientierte Besucher_Innen war das Programm dürftiger, was nicht heißt das es keine Aktionen gab. Mit Verteilaktionen der gut aufgemachten Campzeitung, dem Gatwick-Express mit einer Auflage von 5000 Stück, wurde in Crawley die Öffentlichkeit informiert. Zeitgleich gab es eine symbolische Besetzung des Büros der Fluglinie VirginAirline, die auch Abschiebungen durchführt. Es gab eine kleine Demo zur Ausländerbehörde in Croydon/Südlondon, eine Blockade der Büros der Group4, der Firma die den Abschiebeknast in Dungavel/Schottland betreibt und den Abschluss bildete eine Demo mit 250 Leuten zu dem Abschiebeknast Tinsley House, neben dem sich auch die Baustelle für den neuen Abschiebeknast BrookHouse befindet. Die Demo nahm per Telefon Kontakt zu den Insassen auf, die über ihre Situation berichteten und sich sehr erfreut über die Aufmerksamkeit und Unterstützung von außen freuten. Die Kundgebung hatte einen straffen Zeitplan um die Besuchszeiten nicht zu stören, für die Angehörige zum Teil weit anreisen müssen. Die Polizei hatte angekündigt keine Besucher in den Knast zu lassen, solange die Demo vor Ort ist. Die Demo war die größte die vor diesem Abschiebeknast bisher stattgefunden hatte und wurde von den Organisator_innen als Erfolg bewertet. Bei den Demos gab es vereinzelte Festnahmen, die aber nach kurzer Zeit, mit geringfügigen Vorwürfen wie z.B. "Fluchen in der Öffentlichkeit" konfrontiert, wieder freigelassen wurden.

Und unterm Strich?

Das Camp wurde sehr selbstbestimmt von unten organisiert. Der Campschutz und die Infostruktur wurden von allen getragen und auch die Planung der Workshops war flexibel an die Bedürfnisse der Camper_innen angepasst. Die Moderation der kleinen aber lauten Fahrrad-Lautsprecheranlage lies viel Raum zu Beteiligung und auch auf den Treffen ging es sehr unhierarchisch zu. Daneben war auch der Austausch der Erfahrungen und der unterschiedlichen Praxen in den Ländern aufschlussreich.
Vor allem da sich die Anwesenden bewusst waren, dass sich die Europäischen Grenzregime immer mehr annähern. Eine Aufspaltung der antirassistischen Szene wie mensch sie aus Deutschland kennt war nicht zu spüren, anders als in der Diskussion um angeblich gegensätzliche Konzepte wie die Autonomie der Migration, die Festung Europa oder die Migration als Resultat der Zerstörung der Lebensgrundlage in anderen Ländern hierzulande. Gerade die Frauen der All African Womens Group schienen diese Konzepte in ihrer praktischen wie theoretischen Arbeit unter einen Hut zu bringen. Von Ihnen gab es auch großes Interesse an der Ausweitung internationaler Zusammenarbeit antirassistischer Gruppen, auch konkret in Form einer Rundreise.

Einige aus dem Vorbereitungskreis waren im Nachhinein nicht mehr sicher ob die Wahl eines Camps als Struktur für ein Zusammentreffen die richtige war. Es hatte sich gezeigt, dass es extrem viel Energie kostet die gesamte Campinfrastruktur aus dem nichts zu stampfen. Eine Alternative wäre ein Treffen in der Stadt, in diesem Fall London gewesen, in der Hoffnung dass dann weniger Arbeit angefallen wäre und auch eventuell bessere Kontakte und niedrigschwelligere Kontaktmöglichkeiten für migrantische Gruppen entstanden wären. Nichts desto trotz waren alle zufrieden mit dem NoBorder- Camp und mensch war sich einig dass die entstandenen Kontakte weiter ausgebaut werden sollen und auch mögliche Camps im nächsten Jahr waren im Gespräch. In die Überlegungen wann und wo solche Camps stattfinden können, sollten allerdings noch viel mehr Leute eingebunden werden, da waren sich die Anwesenden einig. Orte der Ausgrenzung, Isolierung und Entrechtung gibt es viel zu viele. Noch.

Terroristen sind nicht die die Abschiebeknäste sprengen, sondern die die sie bauen!

Antirassist_innen aus Hamburg

Antirepressionsdemo in Hamburg 15.12.07

IM VORFELD

Bei dem Kooperationsgespräch mit der Versammlungsbehörde am 06.12.2007 im Polizeipräsidium wurde den Anmelder_Innen der Demo und den Rechtsanwält_Innen mitgeteilt, dass die von den Veranstalter_Innen vorgesehene Route durch die Hamburger Innenstadt, ebenso wie andere Teile des Weges, nicht in Frage kommen würden. So wurde die Stresemannstraße verboten, da die dort liegende Wache 16 angeblich nicht zu schützen sei. Der Weg über die Gerichte wurde untersagt, da dort Bauarbeiten stattfinden würden. Die Innenstadt sollte nicht zur Disposition stehen, da dort die seit "längerem" angemeldeten heiligen Weihnachtsumzüge stattfänden. An Konstruktionen für Verbotsverfügungen wurde nicht gespart. Auch die von den Anmelder_Innen vorgeschlagene Alternativroute, wurde erst gar nicht in Betracht gezogen.

Des weiteren wurden die mittlerweile in Hamburg obligatorischen Demoauflagen verkündet: Kein Laufen und Springen auf der Demo, keine Seitentransparente über 150cm sowie kein verknoten oder verseilen selbiger. Schließlich wurde angekündigt, dass sich die Demoteilnehmer_Innen von Beginn an sich mit einer "einschließenden Begleitung" abzufinden hätten. Aber als wäre das nicht genug, zauberten sie ein weiteres Ass aus dem Ärmel:
Diese ganz spezielle Auflage besagte, dass nur Personen, die sich auf der Straße in der Demo befänden, unter den Schutz des Versammlungsrechtes fallen würden. Gegen diejenigen hingegen, die sich außerhalb der Demo befänden, würde nach Polizeirecht vorgegangen werden. Platzverweise, Einkesselungen und Ingewahrsamnahmen im großen Stil waren geplant. Und warum? Weil etliche Menschen keine Lust mehr hatten sich im Wanderkessel durch unbewohnte Gebiete jeglicher Außenwirkung beraubt bewegen wollten. Daher wurde das Konzept "Out of control" reaktiviert, um eine Kritik an den bestehenden Demoverhältnissen zum Ausdruck zu bringen. Das scheint Ängste im Polizeiapparat geschürt zu haben.
Letztere Auflage wurde bereits im Vorfeld (da nicht haltbar) wieder zurückgenommen. Vor den Gerichten wurde schließlich eine Demoroute zumindest in die Nähe (Gänsemarkt) durchgefochten. Soviel zu Vorfeld

DIE DEMO

Am 15.12.2007 hatten sich schließlich rund 4000 Menschen in Hamburg zusammengefunden, um gegen die zunehmende Repression und die Entwicklung hin zu einem Überwachungsstaat zu protestieren. Doch gleich zu Beginn kam die Demo nicht los: Weil es aus bürokratischer Sicht zu wenig "Ordner_Innen" gab, durfte nicht losgegangen werden. Aber erst nachdem dieses Problem gelöst wurde, fing das eigentliche Schmierentheater an. Die Demo, lautstark und entschlossen, wurde wie zu erwarten, von einem Großaufgebot Polizei (2500 aus dem gesamten Bundesgebiet nebst Gerätschaften und Fuhrpark) eng begleitet. Und nach nur 100m schon wegen vermeintlicher Auflagenverstöße gestoppt. An diesem "stop and go -Verfahren" änderte sich auch die ganze Zeit nichts: Mal waren Vermummte gesichtet worden, mal war gehüpft worden, mal musste mit einem Zollstock nachgemessen werden, ob die Transparente nicht doch die erlaubte Länge um cm überschritten. Quintessenz: In 4 Stunden wurden gerade mal 1000m zurückgelegt, was die Demoveranstalter_Innen dazu veranlasste, die Demo vorzeitig aufzulösen. Zwischenzeitlich hatten immer wieder Greiftrupps, oft äußerst rabiat, Menschen aus der Demo herausgezogen und Ingewahrsam- oder Festgenommen. Es war offensichtlich, dass es trotz richterlicher Entscheidung nicht gewollt war, die Demo der Innenstadt auch nur nahe kommen zu lassen.

OUT OF CONTROL

Kurz vor Beginn der Demo mischten sich die Out of Control - Demonstrant_Innen mit und ohne Schildern in und um die Demo. Als die Demonstration begann, zog die "Out of Control - Demo" in die entgegengesetzte Richtung ab. Gut sichtbar, begannen sich ca. 150 Leute auf den Weg Richtung Bartelsstraße und Susannestraße und konnten ohne jegliche Bullenbegleitung durchs Viertel laufen. Lautstark wurden Parolen skandiert: "Wir sind alle 129a","Revolution","129 - das kennen wir schon! Feuer und Flamme der Repression", etc. vor etwas verduzt dreinblickenden Passsant_Innen um Schanzenbahnhof, Susannenstr., Schanzenstr.. Durch geschicktes und rechtzeitiges Einbiegen in Hinterhofpassagen wurde jeder aufkommende Bulllentrupp umgangen. So war es möglich eine ganze Runde bis zum Schulterblatt zu machen. Am Schulterblatt formierten sich die Bullen und wollten die "Out of Control - Demonstrant_Innen" in die Hauptdemo eingliedern. Ca. die Hälfte machte sich wieder auf den Rückweg und drehte noch eine lautstarke Runde durch Viertel.
Erst nach ca. 30 min musste ein Zwangspäuschen eingelegt werden, nachdem Teile der "Spontandemo" am Schanzenbahnhof gekesselt wurde, um in die nun von der Altonaer Str. in die Schanzenstr. einbiegende Hauptdemo "eingegliedert" zu werden. Mit Ankunft der Demo gab es Stress und Rangeleien, denen teilweise durch Einsatz von schwarzen und rosa Luftballons Richtung Bullen entgegenzuwirken versucht wurde.

Wenig später gelang wieder der Ausbruch aus dem zu diesem Zeitpunkt weniger organisierten Spalier in die Susannenstr. Es ging auf den Neuen Pferdemarkt, wo schließlich andere unkontrollierbare Aktivist_Innen eintrafen und die Bullen begannen eine Polizeikette zwischen Ecke Feldstrasse (Neuer Kamp) bis Beim Grünen Jäger quer über den Platz und durch den Park zu ziehen. Obwohl sich die "Out of control Teinehmer_Innen auf der Demoroute befanden, war es wieder Taktik der Polizei, diese in die langsam voranschreitende Demo einzugliedern. Hier wurde nun eine Art "Fünf-Finger-Taktik" angewandt, und nach einigen erfolglosen Versuchen und ziemlich rabiaten Schubsereien mit der teilweise doppelt gestaffelt stehenden Polizeikette, gelang es zunehmend mehr Aktivist_Innen, diese zu durchbrechen. Schließlich gaben die Bullen auf und auf der anderen Seite machten sich mehrere Hundert Aktivist_Innen Richtung Millerntorplatz auf, es wurden Gegenstände auf die Fahrbahn geschliffen und "Whose Streets? Our Streets!" gerufen.

Im folgenden drang eine Gruppe zu weit alleine auf der Budapester Str. vor und wurde wie oben schon erwähnt lange gekesselt. Es herrschte eine gewissen Planlosigkeit, da den meisten nicht bekannt war, dass eine Zwischenkundgebung der Demo auf dem Neuen Pferdemarkt abgehalten wurde. Eine Zeitlang geisterte das Gerücht um, dass sie bereits aufgelöst wurde, so dass nicht weiter in die Seitenstrassen vorgestoßen wurde. Später reihten sich viele in die Demo ein oder begleiteten das Spalier bis Millerntorplatz. Vom Balkon eines Gebäudes in der Budapester Straße regnete es Konfetti und Luftballons auf die Demo herab, was die Stimmung merklich hebte.
Dem Konzept "Out of control" hatten sich etliche Menschen mit kreativen Ideen angeschlossen. Wenn auch das Konzept noch nicht ausgereift war, so scheint es dennoch ausbaufähig - was nicht heißt sich von dem Konzept einer gemeinsamen Demonstra-

tion zu verabschieden. Mit Auflösung der Demo endete auch dieses Konzept.

DIE INNENSTADT
Alle die noch nicht müde oder stinksauer über den Verlauf der Demo waren, machten sich jetzt auf um Plan B umzusetzen. Die Ersten orientierten sich Richtung Reeperbahn, um dort diverse Demos zu veranstalten. Ein Großteil machte sich auf dem Weg Richtung Innenstadt. Hier hatten auch die meisten ihren Spaß. Lautstark Parolen skandierend mischten sich etliche Aktivist_Innen unter die Weihnachtseinkäufer_Innen. Ob mit oder ohne Weihnachtskostüm war hier vieles möglich. Allerdings zeigte sich die Staatseinheiten auch hier wenig zimperlich. Es hagelte großflächige Platzverweise. Wahllos wurden Passant_Innen Ingewahrsam genommen, oft unter Einsatz des Tonfas, was zu etlichen Verletzungen führte. Aber die, die sich diesen Maßnahmen entziehen konnten, hatten eine ordentliche Portion Spaß!

FAZIT:
2 beinah abgerissene Ohren und ein Nasenbeinbruch durch Tonfaschläge. Etliche "kleinere Blessuren". 30 vorläufige Festnahmen, 109 Ingewahrsamnahmen, 392 Platzverweise und jede Menge Wut im Bauch!

Zu guter letzt musste die Haspa im Schulterblatt dran glauben. Aber das waren ja, wenn Mensch dem Polizeisprecher glauben möchte, die Auswärtigen. Wir Hamburger haben dort ja unsere Konten, wir würden so was doch niemals tun!

Aber merke: Heute ist nicht alle Tage, wir kommen wieder keine Frage!

anti-atom:
Stille Nacht?

Zum ersten Mal seit dem Jahr 2000 gab es in diesem Jahr keinen Castor-Transport. Nicht, dass wir uns alle danach gesehnt hätten, oder nun vergebens in den Wäldern herum gelegen hätten, vermisst hat ihn keineR. Dennoch ist es bemerkenswert, dass sich die Polizei nach der Fussball WM im vergangenen Jahr und dem G8 Gipfel in diesem wohl nicht in der Lage sah, einen weiteren Großeinsatz mit üblicherweise mehr als 15.000 BeamtInnen zu fahren. Die offizielle Darstellung, ein neuer Castorbehältertyp müsse erst getestet und genehmigt werden, da die nun zur Anlieferung anstehenden Brennelemente weniger lange abklingen konnten, ist, angesichts der Geschwindigkeit mit der bei Bedarf Genehmigungen durchgedrückt werden, ganz hübsch - mehr nicht.

Doch nicht nur die Polizei fokussierte ihre Kräfte in 2007 auf den G8-Gipfel. Auch alle Spektren der Anti-Atom-Bewegung haben sich in die Mobilisierung und Aktionen gegen den Gipfel eingebracht. Der militante Teil der Bewegung blieb dabei so gut wie wirkungslos, der einseitig-gewaltfreie lies sich von einem Zaun davon abhalten, den Herrschenden auf die Pelle zu rücken. Letzteres wurde in der öffentlichen Wahrnehmung dann als Achtungserfolg gefeiert, und von vielen als Durchbruch der so genannten 5-Finger-Taktik gefeiert.

Doch nicht nur für die Anti-AKW-Bewegung war das vergangene Jahr eher durchwachsen. Die Herren Rauscher und Thomauske von Vattenfall sahen sich kurzfristig mit Arbeitslosigkeit konfrontiert, weil sie den Punkt verpasst hatten, ab dem im Skandal um die Störfälle in Brunsbüttel und Krümmel ihre üblichen Bagatelisierungsversuche nach hinten los gingen. Zur Strafe wird die deutsche Vattenfall Filiale nun mit der Polnischen zusammengelegt und von einem Finnen geleitet (Globalisierung kann wirklich gemein sein).
Umweltminister Sigmar Gabriel schaffte hingegen einen Kunstgriff. Er genehmigte das seit Jahrzehnten bekämpfte "Endlager" Schacht Konrad. Es liegt zudem in seinem Wahlkreis und macht den zentralen Teil der atompolitischen Agenda des Koalitionsvertrag aus. Die Genehmigung ist für die Atomwirtschaft ein wirklicher Durchbruch. Dennoch wird Gabriel von weiten Teilen der Bevölkerung immer noch abgenommmen, er täte etwas gegen Atomanlagen. Er hat es darüber hinaus geschafft, den Grünen die Stellung als Atomopposition abzuringen und den Atomkonsens quasi zum Alleinstellungsmerkmal der SPD zu stilisieren. Neben dem Mindestlohn ist das eines der wenigen Themen in denen sich die SPD (und vor allem er selbst) als von der CDU verschieden darstellen kann. In einem Jahr, in dem Angela Merkel kaum eine internationale Tagung auslies ohne sich als Klimaqueen zu inszenieren, hat es Gabriel dennnoch geschafft, dieses Feld nicht ganz an die CDU abzugeben.

Die Atomwirtschaft machte in 2007 derart hohe Gewinne, dass diese selbst CDU PolitikerInnen peinlich wurden. Selbst Vattenfall-Deutschland, dessen Kraftwerke in Brunsbüttel und Krümmel seit gut einem halben Jahr stillliegen, und denen mehr als 250.000 KundInnen fortrannten, trug entscheidend zum Konzerngewinn der schwedischen Muttergesellschaft bei. Seit 2000 sind die Strompreise in der brd um 50 Prozent gestiegen. Den Wirtschaftsminister von Hessen, Alois Riehl (CDU) veranlasst diese Entwicklung zu öffentlichen Überlegungen, die Stomkonzerne zu zerschlagen.

Für 2008 steht innerhalb der Bewegung beim geplanten Klima-Camp und in der Mobilisierung zum November-Castor an, sich darüber zu verständigen, wie diese Forderung (Energiekonzerne zerschlagen) praktisch werden kann, und vor allem wie diese Forderung auch inhaltlich zu füllen ist. Dafür wird es notwendig sein, die gewohnten kuscheligen Kleingruppen zu verlassen, und auch mal andere Gruppen mit dem Thema zu konfrontieren.
Achtet also in der nächsten Zeit verstärkt auf entgegenkommende Anti-Atom-AktivistInnen auf dem linken Fahrstreifen.

Für eine "neue Strasseneverkehrsordnung" in 2008

Aktion:

Vier französische AktivistInnen stehen seit November wegen einer erfolgreichen Strommastbesetzung in Cherbourg vor Gericht. Durch ihre Aktion direkt nach Baubeginn und wenige Tage vor den Präsidentschaftswahlen, konnten sie den Neubau des AKW Flamanville in den Medien landesweit skandalisieren, und erzwangen, dass eine zentrale Überlandleitung für zwei Tage abgeschaltet werden musste. Im Zuge dessen, musste auch die Leistung der beiden bereits bestehenden Blöcke in Flamanville herunter gefahren werden. Die vier wurden schließlich äußerst brutal gezwungen, die Aktion abzubrechen und von Spezialeinheiten festgenommen.

09.11.07 Lüchow
Mehr als 300 SchülerInnen demonstrierten am 9.11.07 in Lüchow unter dem Motto "dem Atomstaat die Krallen zeigen". Die Aussage eines Transparentes "You can´t kontroll us" auf einem Transparent wurde denn auch in die Tat umgesetzt. Durch ein unvorsichtigerweise nicht verschlossenes Tor drangen einige SchülerInnen auf das Gelände der Polizeikaserne vor, und bewarfen die Beamten mit Eiern, Steinen, Böllern und Flaschen. Die Polizei sprach an-

schließend von erheblichem Sachschaden und Körperverletzung.

07.11.07 Braunschweig
Trotz erheblicher Sicherheitsvorkehrungen gelang es mehreren Clowns der Clownarmee das Festbankett der Reposave zu sprengen. Diese Tagung, zu der auch Gabriel anreiste, sollte der "Endlagersuche" des Bundes einen wissenschaftlichen Anstrich geben. Erstaunlicherweise gelang es den Clowns, sich aufzulösen bevor die Polizei eintraf.

Normalbetrieb

13.12.07
Baubeginn des Kohlekraftwerk Moorburg. Mit mehr als 1600 Megawatt Leistung soll es mehr Strom produzieren als die AKW Stade und Brunsbüttel zusammen. Die Genehmigung des vorzeitigen Baubeginns durch Ole von Beust entlarvt dessen Kampagne "Hamburg wird Klimahauptstadt der brd" als reinen PR Gag. "Kohle-Ole" ist ein gutes Geschäftsklima mit Vattenfall offensichtlich wichtiger als der globale Klimawandel. Für Vattenfall stellt der Neubau durchaus einen technischen Sprung nach vorne dar, betreibt der Konzern ansonsten ja hauptsächlich Atomkraftwerke und alte Braunkohlekraftwerke.

02.12.07 Kashiwasaki
Die weltweit größte Atomanlage Kashiwazaki-Kariwa mit sieben Reaktoren wurde im Juli nach Schäden (Feuer, Austritt von radioaktivem Wasser etc.) aufgrund eines Erdbebens geschlossen, das stärker war, als man dies für möglich gehalten hatte.
Wie jetzt mitgeteilt wurde, muss die Anlage noch für mindestens zwei Jahre geschlosssen bleiben.
In den vergangenen Monaten tauchten neue Probleme auf, außerdem müssten noch zahlreiche Überprüfungen durchgeführt werden, um die Sicherheit zu gewährleisten.

27.11.07 Fessenheim
Zum wiederholten Male wurden im AKW Fessenheim (Elsass) Arbeiter verstrahlt. Nachdem im Oktober bereits ein Arbeiter eine "erhöhte Dosis radioaktiver Strahlung" abbekommen hatte, waren nun vier Arbeiter einer Zeitarbeitsfirma kontaminiert worden.

28.11.07 Forsmark
Das schwedische Atomkraftwerk Forsmark-1 (1.000 MW) ist nach einem Kurzschluss abgeschaltet worden. Wie der Betreiber Vattenfall mitteilte, sei die Abschaltung bereits am Dienstag, 27.11., geschehen.
Als Ursache nennt der Betreiber einen Kurzschluss in einer Pumpe.

23.11.07 Stade
Erneut ist es im stillgelegten AKW Stade zu einem Störfall gekommen, am 23.11.07 wurde eine 'Tropfleckage an einer Chemikaliendosierleitung' festgestellt.



Rote Flora im Januar

Sa 12.01. **19 Uhr**
Infoveranstaltung:
Nazistrukturen in
Mecklenburg-Vorpommern
mit verschiedenen ReferentInnen aus
Mecklenburg-Vorpommern

Sa 12.01. **22 Uhr**
Soliparty für Antifastrukturen in
Mecklenburg-Vorpommern
1st floor:
facettenreiche 80er und 90er Disko mit div. Djanes
2nd floor:
Techno/minimal: sk.mize, razemat
Drum & Bass: Leelou, S.E.T.I

Do 17.01. **21 Uhr**
Konzert: Radio Gagarin
Radio Gagarin präsentiert:
John Wiese (Mitglied bei Sunn o))),
LAPTOP-Noise / USA, www.john-wiese.com)
Marcel Türkowsky (Harmonic Noise / Berlin)
Evapori (Experimental Electronic / Hamburg)

Fr 18.01. **22 Uhr**
Party: Soli fürs Café Knallhart
mit Bands, DJ`s (Elektro) und Vokü

Sa 19.01. **21 Uhr**
Party: Soli für Uni-Protest
mit veganem Buffet und 3 Bands:
Neopid Pitski (Lüneburg/Ungarn- IndieRock)
Torpedo Hamburg (HH- Punkrock)
Captain Planet (HH- Punkrock)

Sa 26.01. **22 Uhr**
Goa-Party Lonely Forest
- Darkpsy
- Full'on
- Psychedelic
- Goatrance
- Psytrance
- Electronica
- Progressive

*Volu-men - Berlin (Synphonie Rec.)
*Psyko Mantis - Hannover (Savva Rec. / Waldfrieden)
*Calyptratus - Hamburg (Triplag Music)

1.Floor
Full'on ,Goatrance ,Psytrance ,Progressive ,Electronica

2.Floor
- Darkpsy , Psychedelic -

Deco
Color of Forest - LonelyForestProjekt
BLAcKliGhTnaTUre - Hamburg
VJ Hardy - Wernigerode (Pychedelic Circus07)
Zahaka & Chapatifee - Premnitz b.Berlin
Mahakala Color's - Hamburg

Regelmässige Termine
Montag: Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr (Essen ab 21 Uhr); Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr; Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30 -21 Uhr; Archiv der Sozialen Bewegungen 15 - 20 Uhr (Tel. 433007); Flora Baugruppe 19 Uhr im Bauraum
Dienstag: Dubcafé 19 - 23 Uhr
Mittwoch: artcafé - Café wie es euch gefällt ab 20 Uhr
Donnerstag: Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr